

Poener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 157.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Poen 4 Pf. Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 3. März.

Annonce.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei G. L. Daube & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Nossé.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Inhalte 20 Pf. die geschäftssichere Politie über deren Name, Namensverhältnisse höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erschienene Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Das Tabakmonopol.

Auch die „Germania“ hat sich nunmehr über den Entwurf eines Tabakmonopols gesetzt, wie er dem preußischen Volkswirtschaftsrath zugegangen ist, ausgesprochen. Demnach dürfte auch das Zentrum der Vorlage im Reichstage seine Zustimmung versagen. Die „Germania“ sagt übereinstimmend mit den auch von liberaler Seite laut genordneten kritischen Bemerkungen:

Während bisher die lichenpolitische Frage die ganze öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, ist ihr jetzt im Tabakmonopol ein erfolgreicher Konkurrent entstanden. Seit Jahren haben wir uns mit der Idee des Monopols vertraut machen müssen; aber wie es nunmehr in Fleisch und Blut vor unsere Sinne tritt, da berührt es in seiner kalten, rücksichtslosen Starrheit fremd und abstoßend. Es ist ein ganzes und echtes Monopol, kein Stückchen fehlt daran. Wer sich mit den niedrigen Säcken der Preisskala trösten will, der muß sehr genügsam sein; denn wie der Rippentabak zu 50 Pf. und die Zigarre zu 3 Pf. brennen und reichen wird, das ist vollständig der „diskretionären Vollmacht“ des Reichskanzlers überlassen! Die Einzelheiten des Entwurfs, insbesondere die wichtigsten Fragen der Beschränkung und teilweise Vernichtung des Tabakbaues sowie der Entschädigung der Fabrikanten und Händler treten für den Augenblick noch zurück gegenüber der Kardinalfrage: Was bedeutet Fürst Bismarck mit der unerwarteten Beschleunigung dieses aussichtslosen Gesetzes? Wie der Volkswirtschaftsrath sich immer dazu stellen mag, der Reichstag wird ihn nicht annehmen. Die Einberufung des Reichstags zu einer Tabak-Session im Frühjahr kann also nur den Erfolg haben, einen neuen Konflikt zwischen der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung zu veranlassen. Soll das der Anlaß zu einer Auflösung des Reichstags sein? Über der Kanzler wird ebensoviel wie wir, vergeben haben, daß das Feldgeschrei „Tabakmonopol“ in der letzten Wahlkampagne nicht lockend und begeistern sondern abschreckend und entmutigend gewirkt hat. Wir fürchten, daß die Bekanntgebung des konkreten Entwurfs die Zahl der Gegner eher vermehren als vermindern wird. Da muß man mit der „Nat.-lib. Korr.“ rechnen: „Wir stehen hier einstweilen noch vor Rätseln. Auf alle Fälle werden unseres Erachtens Krisen aus dieser Frage emporwachsen, denen wir nur mit schweren Besorgnissen entgegensehen können.“

Der Volkswirtschaftsrath hat augenscheinlich für diese Session ein zu großes Penitum erhalten. Im Ganzen neun Nummern, und darunter Dinge, die für sich allein in wochenlanger Arbeit kaum gründlich bewältigt werden können, — das muß zu hohem Präzisionsdrescherei und überalligen Beschlußen führen. Bei einer Institution, die bloß eine beratende Kompetenz hat und also ganz auf den moralischen Werth ihrer Resolutionen angewiesen ist, geht unter solchen Umständen leicht die ganze Autorität verloren.

Von der Stellung des Bundesrathes zum Tabakmonopol wird nur wenig gesprochen. Man nimmt allgemein an, daß der Reichskanzler das Gesetz nicht in die Arena gesetzt hätte, wenn er nicht eines Sieges im Bundesrat gemäß wäre. Bekanntlich sind aber bis jetzt die Regierungen und Volksvertretungen sämtlicher Mittelstaaten gegen das Monopol. Eine Mehrheit im Bundesrat wäre also nur unter einer Massen-Selbstverleugnung zu erzielen. Es soll allerdings schon öfter vorgekommen sein, daß einige Regierungen, welche um keinen Preis in einer antizipativen Minderheit betroffen werden mögen, mit den Lippen da gesagt haben, um in ihrem vorsichtigen Gemüthe auf die größere Tapferkeit der Reichstagsmehrheit zu hoffen. Wenn dieses Schauspiel sich jetzt wiederholt, so wird es dadurch nicht erbaulicher werden. Es würde dann nachgerade der Reichstag einmal eine Enquete anstreben müssen, ob denn eigentlich der Bundesrat, von dem die Verfassung spricht, noch vorhanden ist.“

In der That dürfte der Entwurf auf keiner Seite, am wenigsten unter den mit Verstaatlichung beglückten Interessenten Freunde gewinnen. Der selbe stimmt im Großen und Ganzen überein mit den Grundzügen, welche in der bekannten Enquete-Kommission von 1878 ausgearbeitet worden waren. Denjenigen Tabakspflanzern, die sich von der Einführung des Monopols goldene Berge versprochen haben — noch in der vorigen Woche hat die „Nord. Allgem. Ztg.“ eine derartige Adresse an den Reichskanzler veröffentlicht — wird er wohl eine Enttäuschung bereiten. Der einzige Vortheil, den ihnen das Monopol bringen würde, wäre die prompte Auszahlung des Verkaufspreises. Für die „Abhängigkeit vom Händler“ aber, den bekannten Hauptgegenstand ihrer Klagen, würden sie eine Abhängigkeit von der Monopolverwaltung eintauschen, welche das bisherige Ungemach noch sehr viel vergrößern würde. Eine aufmerksame Prüfung der Bestimmungen über die alljährliche Einholung der Erlaubnis sowie, nach erhaltenem Erlaubnis, über die Verpflichtung zum Anbau, ferner über die Unterwerfung unter die amtlichen Preiseinschätzungen kann darüber keinen Zweifel lassen. Den amtlich fixierten Preisen aber muß sich der Tabakbauer widerstandlos unterwerfen, da der Export von Tabak nur dann gestattet ist, wenn schon im Winter vorher die Erbauung zum Anbau von Tabak für den Export ausdrücklich gewährt worden ist. Es kommt hinzu, daß der Entwurf, wie freilich nicht anders zu erwarten, das sogenannte Prinzip der Kontingentirung, d. h. der Beschränkung des Tabakbaues auf ganz bestimmte Gegenden und damit das Verbot des Tabakbaues für das ganze übrige Deutschland, auch für Gebiete, in denen er bisher betrieben worden, angenommen hat. Es würden fast alle Tabakspflanzern, welche unter 4 Ar bebauen — 1880/81 waren es 129,833 — von dem Tabakbau ausgeschlossen, und auch von den 92,512, welche mehr als 4 Ar bepflanzen, würden viele davon glauben müssen. Freilich können nach § 68 den bisherigen Tabakspflanzern, welche unter dies Verbot fallen, „aus besonderen Billigkeitsgründen“ Unterstützungen mit Rücksicht

auf den entzogenen Erwerb gewährt werden; aber ob in dem einzelnen Falle solche „besonderen Billigkeitsgründe“ anerkannt werden, ist immer sehr fraglich. — Das Schicksal der Tabaksfabrikanten und Tabakhändler ist durch den Begriff des Reichsmonopols vorgezeichnet: sie müssen besiegt werden. Handel ausschließlich mit Rohtabak in das Ausland kann nur zuverlässigen Personen auf Widerruf und unter strenger amtlicher Kontrolle gestattet werden. Dazu unter diesen Bedingungen nur ein sehr geringfügiger Bruchtheil der bisherigen Rohtabakfirmen fortbestehen könnte, bedarf nicht erst der Erwähnung; für alle übrigen Händler, Fabrikanten und Tabakarbeiter, soweit sie nicht in den Monopolbetrieb hinübergenommen werden würden, dreht sich Alles um die Entschädigungsfrage. In diesem Punkte enthält der Entwurf wesentliche Abweichungen von den Grundzügen der Enquetekommission. Nach den letzteren sollten Fabrikanten und Händler eine Entschädigung im 8—12fachen Betrage ihres jährlichen Reingewinns erhalten. Dagegen stellt der vorliegende Entwurf für die Tabaksfabrikanten das Fünffache, für die Rohtabakhändler das Zweifache durchschnittlichen Reingewinns während der Jahre 1880, 1881 und 1882 in Aussicht, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Geschäfte, welche noch nicht zehn Jahre hindurch betrieben worden sind, nur die Hälfte der bezeichneten Sätze gewährt werden soll. Für das technisch gebildete Hilfspersonal bezw. die technisch gebildeten Arbeiter war in den Grundzügen von 1878 eine Entschädigung im 1- bis 5fachen Betrage ihres jährlichen Gehalts- oder Arbeitsverdienstes vorgesehen. Der jetzige Entwurf nimmt das Fünffache des durchschnittlichen Jahresgehalts in den Jahren 1880 bis 1882. Eine bessere Berücksichtigung der Arbeiter scheint auch darin liegen zu sollen, daß dem früher garnicht bedachten Händler „aus besonderen Billigkeitsgründen“ Unterstützung gewährt werden kann, sowie besonders darin, daß die Monopolverwaltung Tabakfabrikate auch außerhalb der Fabriken anfertigen lassen darf. Indez auf diese Weise die heutige Haushaltswirtschaft auch nur in annäherndem Umfange aufrecht zu erhalten, würde sich bei der Natur des Monopols als unmöglich erweisen. Die Händler mit Tabakfabrikaten sollen wie die Rohtabakhändler entschädigt werden, jedoch nur, wenn sie „ausschließlich oder überwiegend“ aus diesem Handel ihren Erwerb gezogen haben. Handel und Fabrikation in den Zollauschlüssen werden mit einer Entschädigung nicht bedacht. Die Jahre 1880—1882, welche den Maßstab für die Entschädigungen liefern sollen, waren, was hier beiläufig bemerkt sei, für die Tabakbranche sehr ungünstig.

Die Raucher vollends würden überaus schlimme Erfahrungen machen. Es würden künftig statt, wie bisher 66 Proz. ausländische und 34 Proz. inländische Tabake, deren 60 Proz. inländische und nur 40 Proz. ausländische verarbeitet werden. Dazu damit der Wohlgeruch des Tabaks im deutschen Reiche nicht unnehmen würde, vielmehr das Gegenteil, liegt auf der Hand. Die normirten Preise sind zwar billig, es fehlt aber fast jede Angabe über die Qualität des Tabaks und jede über die Größe der Zigarren, und die billigste Sorte würde 3, nicht wie bis jetzt 2 Pfennige kosten, also gerade sie würde bei vielleicht gleichzeitiger Verkleinerung des Formats verteuert werden. Zuletzt paßt der Fabrikant und Händler seine Ware dem Geschmacke des Publikums an, künftighin würde der letztere ganz und gar keine Stimme mehr haben, sondern sich einfach demjenigen des „Reichstabaksamtes“ anzubekennen haben.

Der Entwurf zeigt also nicht bloß bei allgemeiner Betrachtung, sondern auch bei näherer Beobachtung eine keineswegs einladende Physiognomie. Sein Schicksal dürfte dem entsprechen.

Eine Urheilsmotivierung.

Die „Lib. Korresp.“ schreibt: „Eine wirklich unerhörte Motivierung hat vor Kurzem ein sächsischer Amtsrichter in einem schöffengerichtlichen Erkenntnis angewandt, eine Motivierung, welche eine schwere Beleidigung nicht nur eines Einzelnen, sondern einer ganzen Partei entfällt, und der Richter, welcher diese Beleidigung ausübt, thut dies als Richter in einem Beleidigungsprozeß!“ Der Fall ist folgender: Im 20. sächsischen Wahlkreise veröffentlicht jemand in einem Lokalblatte am Tage vor der engeren Wahl einen gegen den liberalen Kandidaten, Herrn Redakteur Kutschbach in Chemnitz, gerichteten Angriff, in welchem er diesen einer gegen den König von Sachsen verübten Majestätsbeleidigung beschuldigt. Herr Kutschbach verklagt darauf den Verfasser und verbreiter dieser Auslassung wegen Beleidigung. Der Verklagte sucht nur die Wahrheit der von ihm ausgesprochenen Beschuldigung zu belegen. Herr Kutschbach soll sich nach einer Wahlversammlung privatim über König Albert zwar „in gut gesunder Weise“ ausgesprochen haben; er hat den König als einen „liberalen Mann“ bezeichnet, was natürlich im Munde eines Liberalen ein großes Lob ist; ferner soll aber Kutschbach gesagt haben, König Albert spreche echt soldatisch und gerade heraus „gegen Federmann so, wie ihm der Schnabel gewachsen sei.“ In dem gesperrten

Worte soll nun die Majestätsbeleidigung enthalten sein. Durch Gendarmen wurde die Neuferbung an den Staatsanwalt denunziert, dieser hat an den Justizminister berichtet, König Albert hat darauf befohlen, die Untersuchung einzustellen. Das Schöffengericht zu Zöblitz nimmt dessen angeklagten als feststehend an, Herr Kutschbach habe sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht, König Albert habe nur „Gnade für Recht ergehen lassen.“ Die gesamte Begründung des Urtheils, daß in dem erwähnten Worte eine Majestätsbeleidigung enthalten sei, wäre von Interesse; wir beschränken uns aber darauf, folgenden Passus zu zitieren:

„Wollte man schließlich noch einwenden, daß die zu einer strafbaren Beleidigung erforderliche Absicht im vorliegenden Falle nicht nachgewiesen sei, so würde schon der Hinweis darauf genügen, daß der Privatläger Kutschbach — was als notorisch bei der Beweisnahme einer besonderen thatächlichen Feststellung nicht bedürft hat — im Reichstage einer Partei sich angeschlossen hat, welche die Autorität des Königs und die verfassungsmäßigen Rechte der Krone zu untergraben prinzipiell bestrebt ist.“

Herr Kutschbach gehört im Reichstage der Liberalen Vereinigung an. Als wir jenen Passus in den Zeitungen lasen, glaubten wir, die Mittheilung desselben müßte auf einer Fälschung beruhen. Daß die Begründung eines richterlichen Urtheils wirklich den zitierten Passus enthalten könnte, haben wir nicht eher geglaubt, bis wir die Original-Ausfertigung des Erkenntnisses uns verschafft und eingesehen haben. Wir hätten nicht geglaubt, daß es im gesammten deutschen Reich einen Juristen gäbe, der eine solche Auffassung von den Aufgaben und Pflichten des Richters haben könnte, wie sie uns aus diesem Passus entgegentritt. Ein deutscher Richter bezeichnetet amtlich Das, was lediglich eine subjektive Auffassung ist und was als solche Federmann erkennen muß, als „notorisch“ so feststehend, daß es „einer besonderen thatächlichen Feststellung nicht bedürft hat,“ und der Richter in einem Beleidigungsprozeß leidet sein derartiges Urteil in einer zweifellos beleidigende Form! Über die Bedeutung und das Verhältniß der politischen Parteien im staatlichen Leben brauchen wir hier kein Wort zu verlieren, und die privaten Ansichten des Herrn Amtsrichters von Zöblitz darüber gehen uns nichts an. Wohl aber sind nicht nur wir und unsere näheren politischen Freunde, sondern das gesammte Land ist dabei interessirt, von welcher Auffassung der Aufgaben und Pflichten des richterlichen Amtes der Richter bei der Ausübung seines Amtes sich leiten läßt. Da Herr Kutschbach Berufung eingelegt hat, so erwarten wir die nötige juristische Remedur, so weit sie ihn persönlich betrifft, mit Bestimmtheit von der Entscheidung in zweiter Instanz. Man hat sich gefragt, ob die durch den betreffenden Passus des Erkenntnisses beleidigte Partei das Recht hat, Klage gegen Herrn Amtsrichter Löper in Zöblitz anzustrengen. Da die Berechtigung dazu vielleicht bezweifelt werden könnte, so müssen wir uns damit begnügen, sein Verfahren in diesem Falle wenigstens zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

[Aus der „Provinzial-Korrespondenz“.] Die „Prov.-Korresp.“ bringt an ihrer Spitze einen Artikel „Was ist ein Finanzgesetz?“ Sie hofft auf eine leidenschaftlose und objektive Prüfung der Frage; wir schließen uns dieser Hoffnung an, da ein Grund zu ernstlichen Konflikte in der That nicht vorliegt. Die beiden Gesetzesvorlagen, welche zur Aufwerfung der Streitfrage Anlaß gegeben haben, sind nach der „Prov.-Korresp.“ nur ein Schliffstein in den Bestimmungen über die Regelung des Staatsdienerverhältnisses. — Ein zweiter Artikel der „Prov.-Korresp.“ ist betitelt: „Die Indemnität von 1866 und die deutsche Frage.“ Die Regierung, heißt es dort, habe 1866 nicht die Verziehung begangenen Unrechts erbeten; die Fluth sei damals sehr zu ihren Gunsten gegangen, und sie habe die Indemnität nicht bloß mit Rücksicht auf die inneren preußischen, sondern viel mehr noch auf die äußeren deutschen Verhältnisse erbettet. Mit den inneren Gegnern wäre die Regierung durch die Anordnung von Neuwahlen damals leicht fertig geworden.

„Wir wünschen den Frieden“, sagte der Kanzler, „weil das Vaterland ihm in diesem Augenblick mehr bedarf als früher“, und fügte hinzu: „Die Aufgaben der auswärtigen Politik sind noch unge löst; die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unseren Einsatz im Spiel noch erhöht, wir haben mehr zu verlieren als zuvor; gewonnen ist das Spiel noch nicht, aber je fester wir zusammenhalten im Innern, desto sicherer sind wir es zu gewinnen in diesem Augenblick.“ Dies wurde damals nicht ganz verstanden und konnte nicht verstanden werden, weil man nicht ahnte, daß Bismarck bereits damit beschäftigt war, um ganz Deutschland durch die Schutz- und Freundschaftsvereinisse ein Band zu schließen, noch auch, daß er gerade damals die Gelüste Frankreichs zur Vergrößerung (auf unsere Kosten oder mit unserer Hilfe) zurückzuweisen hatte. Selbst seine Freunde konnten nicht begreifen, warum er so lebhaft auf der Indemnität bestand; in Bezug auf die Kürztheit derselben lagte er schon von Prag aus über die Leute, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht. Die inneren Angelegenheiten beschäftigten den Grafen Bismarck nicht in erster Linie, er hatte vielmehr Deutschland und Europa im Auge, er wollte vor Allem dafür sorgen, daß bei dem damals drohenden

den nahen Kriege mit Frankreich ganz Deutschland zusammenstehen. In demselben 5. August, an welchem die Thronrede die Nachsuchung der Indemnität zuerst ankündigte, trat in der That der französische Botschafter mit jenen Forderungen des napoleonischen Frankreich hervor, auf welche er die kurz abweisende Antwort des Grafen Bismarck erhielt und wenige Tage darauf nach Paris überbrachte. Es folgte der plötzliche Wechsel des auswärtigen Ministers und der augenblicklichen Politik in Frankreich. Das war der Zusammenhang, in welchem die Regierung damals inneren Frieden brauchte, und um ihn zu besiegen, Indemnität beantragte: die Indemnität hatte daher nicht den Sinn einer Abbitte für begangenes Unrecht und konnte ihn nicht haben; sie erhält vielmehr ihre eigentliche und volle Bedeutung nur durch die Gesamtheit der damaligen Ereignisse, jener Ereignisse, welche einem der eifrigsten Gegner Preußens und des Grafen Bismarck in Süddeutschland das Gefündnis abreichten: er habe nicht gewußt, daß unser Staatmann ein so deutsches Herz habe. Unzertrennlich von der Indemnität bleibt in der Geschichte Preußens die Lösung zahlreicher und hervorragender Mitglieder von der Fortschrittspartei unter dem Befehl: „Bismarck hat die deutsche Einheit unaufhaltbar gemacht, wenn das Volk auf seine Seite tritt. Nicht durch eine rechtshaberisch verneinende Haltung, sondern durch einen wirklichen Anteil und ein Verdienst um die Wendung der Geschichte unter den Hohenwollern wird die liberale Partei ihre Stellung neu befestigen.“

Das hat die liberale Partei auch gethan — soweit als es irgend ging, und bis die Regierung ihr ein weiteres Zusammengehen unmöglich machte. Lebriegen muß nach den obigen Ausführungen der „Prov. Korresp.“ der europäische Friede gegenwärtig auf sehr festen Beinen stehen, denn auch sie glaubt, daß Preußen und Deutschland nur, wenn innerer Friede und Eintracht obwalten, gegen Außen stark sei. Die gegenwärtige Regierungspolitik bedeutet aber nichts weniger als den inneren Frieden; demnach muß Fürst Bismarck den europäischen Horizont absolut rein von Wolken wissen. — Jedenfalls hat die Regierung, indem sie 1866 Indemnität nachsuchte, ausdrücklich eingestanden, daß ihr früheres Vorgehen kein verfassungsmäßiges gewesen sei, und sie hielt dieses Zugeständnis für nothwendig im Interesse des Friedens in Preußen und Deutschland. Schon dieses Zugeständnis der „Prov. Korresp.“ genügt, den Widerstand der nicht in die diplomatischen Geheimnisse eingeweihten liberalen Opposition gegen das verfassungswidrige Regiment vor dem Kriege als ganz gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Es ist also nicht abzusehen, was ihre Deduktionen eigentlich bezwecken.

[J. G. Kohl über das österreichische Tabakmonopol.] Der berühmte ältere Reiseschriftsteller, der fast alle Länder gesehen und ihre Einrichtungen studirt hat, sagt in seiner „Reise in Steiermark“ (2. Aufl., Leipzig, Arnolds, 1853), von Ungarn nach Deutschland zurückkehrend und in dem steierischen Städten Fürstenfeld verweilend: „Ich aß hier mit einigen österreichischen Offizieren zu Mittag, welche den Grenzposten kommandirten, der hier zur Abfertigung für die große fürstenfelder Tabaksfabrik aufgestellt ist. Diese kaiserliche Fabrik ist für Zigarren eine der bedeutendsten der ganzen Monarchie. Es sollen hier täglich 45,000 Zigarren fabriziert werden, die meistens für Steiermark, Kärnten, Krain und die österreichischen Landeschaften südlich von Triest bestimmt sind. Nach Triest allein werden monatlich 600,000 kaiserliche Zigarren von hier aus verschickt. Im ganzen Jahr verfertigt diese Fabrik allein etwa 15 Millionen Zigarren. Bedenkt man, daß das lauter a'schauliche Ware ist, die zu genießen keinem Menschen Spaß machen kann, bei deren Genuss vielmehr jeder Raucher entweder eine leise Verwünschung durch die Zähne murmelt oder kaum unterdrückt, — bedenkt man ferner, daß die österreichische Regierung eine Masse von Beamten bei der Aufrechterhaltung ihres Tabakmonopols bezahlen und sogar bei jeder Fabrik ein Soldatenpicket auf den Beinen halten muß, — bedenkt man, daß, wenn das Monopol wegfälle, eine unzählige Menge von Grenz- und

Monopolwächtern erspart und unzählige Aufforderungen zu Beiträgen wegfallen würden, daß aber an die Stelle der armen lärmenden Tabaksfabrikanten viele reiche Fabrikanten und Kaufleute treten würden, die nicht nur den Tabakshandel mit dem Auslande, sondern mittelbar dadurch auch manche andere Handelszweige heben und im Stande sein würden, den Nettoprofit, den die Regierung und einige von ihr beauftragte oligarchische Spekulanten jetzt genießen, auf andere Weise durch eine bequemere Besteuerung zu ersezten, — so begreift man nicht, warum das österreichische Gouvernement nicht auf alle Weise dahin tritt, möglichst bald sich dieses Monopols zu entledigen, d. h. Privatpersonen die Anfertigung und Beschaffung von Tabak und Zigarren zu gestatten.“

Druckfehlerberichtigung. In unsern gestrigen Aufsatz über die Wittwenkassen hat sich durch Einwirkung des Wortes viermal ein finanzstrebender Druckfehler eingeschlichen. Der Schlussatz heißt richtig folgendermaßen:

denn bei dem Tode eines aktiven Beamten verringert sich die Einnahme der Familie vorab um die Differenz zwischen seinem letzten Gehalte und dem aktiven berechneten Pensionsbetrag.

Deutschland.

+ Berlin, 1. März. Ueber die zweite Lesung der kirchenpolitischen Vorlage in der Kommission des Abgeordnetenhauses ist bis jetzt noch keine Bestimmung getroffen. Der Vorsitzende der Kommission, Herr v. Rauchhaupt, hat einer von Seiten des Zentrums ergangenen Anregung, die Kommission für morgen (Donnerstag) zu berufen, nicht entsprochen. Vor der nächsten Woche wird die zweite Lesung keinesfalls stattfinden. Es ist den Konservativen bis jetzt nicht gelungen, den Boden einer Verständigung, sei es mit den Nationalliberalen oder dem Zentrum, zu finden. Auf die Beschlüsse zweiter Lesung, die mit konservativ-klerikal-polnischer Majorität zu Stande gekommen waren, einzugehen, wird sich die Regierung gewiß nicht entschließen können. Es wird daher immer wahrscheinlicher, daß die Kommissionsberathung mit einem vollständig negativen Resultat endigt. Es wäre damit unzweifelhaft erwiesen, daß auf dem seitens der Regierung jetzt und vor zwei Jahren eingeschlagenen Wege die kirchenpolitische Frage keinen Schritt von der Stelle zu rücken vermöge; sie ist vollständig auf einen todten Strang gerathen.

— Die „N. A. Z.“ kommt heute auf die Judenfrage zu sprechen. Sie wirft der „Sensationspresse“, d. h. den fortgeschrittenen Zeitungen vor, daß dieselben die Intimität der Fortschrittspartei mit den Juden widerspiegle und daher nicht mit Unrecht als Judenpresse qualifiziert werden könne. Dann aber fährt sie fort: Andererseits hat eine Agitation geringe Ansprüche auf ernste Würdigung, welche sich keine erkennbaren praktischen Ziele aufstellt, oder sich hinsichtlich derselben in eigene Widersprüche verwickelt. Wir wollen an der Rede des Abg. Stöder vom Sonnabend exemplifizieren. Die plausibele Beschwerde der Judenfrage wäre wohl ökonomischer Natur. Die Juden, sagt man, nehmten keinen Theil an der produktiven Thätigkeit, an der nationalen Arbeit; sie denken nur daran, sich auf Kosten derselben durch das Zwischengeschäft — um den landläufigen härteren Ausdruck zu vermeiden — zu bereichern. Abgeordneter Stöder aber begann seine Rede mit dem besorgten Hinweis auf die Zunahme der Juden! Wenn nun ein Fortschrittmann gefragt hätte: wie sollen es die Juden recht machen? Die Vorlese für den Handel wird ihnen zum Vorwurf gemacht; wenden sie sich aber dem Studium zu, also — wenn auch nicht der Handarbeit, so doch der geistigen Arbeit, welche, was immer ihr praktisches Ziel sein mag, doch jedenfalls auch erziehlich wirkt, so wird eine Gefahr darin erkannt. Will man sich eben nicht dazu bekennen, die sog. Judenfrage als eine religiöse oder doch Rassenfrage zu behandeln, und das würde ohne Widerdruck und ohne sich mit den achtenden

Gesetzen in Konflikt zu setzen nicht geschehen können, so bleibt nur die ökonomische Seite übrig; fahrt man sie aber darauf hin ins Auge, so wird man die Lösung, ohne der religiösen Überzeugung oder den vollbegründeten Rechten auch nur eines Staatsbürgers zu nahe zu treten, ohne Mühe auf dem Boden einer gesunden sozialpolitischen Gesetzgebung finden, welche Schutz gegen die gewinnstiftende Ausdeutung des ökonomischen Schwachen gewährt und dem Gewerbeleben die ehrenvolle Selbständigkeit wiedergibt, die auch in ethischer Beziehung ihre Früchte tragen muß.“

Hiermit nimmt die offiziöse Presse zum ersten Mal eine kritische Haltung gegenüber der Stöder'schen Agitation ein, freilich nur um schließlich der „liberalen“ Gesetzgebung Eins zu versetzen.

— Der Volkswirtschaftsrath hielt in seiner heutigen Sitzung eine Generalbesprechung über die Novelle zur Gewerbeordnung ab. Die Verhandlung bezog sich besonders eingehend auf die betreffs der Volksanwälte, Auktionsatoren, Ge findevermiether u. dergl., ferner der Wanberlager und Hausratshersteller gemachten Vorschläge. In der Debatte, an der sich besonders die Herren Kalle, Wolff, Heimendahl, v. Herfurth u. A. beteiligten, wurde das Bedürfnis nach einschränkenden Maßregeln im Sinne der Regierungsvorlage im Allgemeinen anerkannt, im Einzelnen wurden verschiedene Bedenken und Verbesserungswünsche geäußert. Der Gesetzentwurf wurde schließlich an den permanenten Ausschuß verwiesen; zum Referenten wurde Herr Dr. Jansen, zum Korreferenten Herr Kochham ernannt. Es folgte die Beratung der bezüglich der Substaatsaktionsordnung vorgelegten zwei Fragen. Die Vorlage wurde nach längerer Debatte, die sich im Ganzen anerkennend über die Regierungsvorschläge aussprach, ebenfalls an den Ausschuß verwiesen und zum Referenten Herr v. Nathusius, zum Korreferenten Herr v. Thiele-Winkler ernannt. Morgen wird sich das Plenum mit den Vorlagen über Ausstellung von Staatschuldscheinen auf Namen und über Anfertigung von Zündhölzern beschäftigen.

— Es haben schon im Laufe des gestrigen Tages private Besprechungen zwischen einer Reihe von Mitgliedern des Volkswirtschaftsraths stattgefunden, welche deren prinzipielle Stellung zur Monopolvorlage zum Gegenstande hatten. Dieselben ergaben, daß die Opposition gegen das Tabakmonopol auch im Volkswirtschaftsrath eine sehr starke ist und daß dessen Ablehnung, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle und plötzliche Meinungsänderungen eintreten, auch im Volkswirtschaftsrath sehr wahrscheinlich ist. Nur unter den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Sektion zeigte sich eine größere Neigung für die Monopolidee, während in den Sektionen des Handels und Gewerbes die Vertreter des Monopols bis jetzt eine verschwindende Minorität bilden. Dabei verdient bemerkt zu werden, daß in der landwirtschaftlichen Sektion kein Vertreter der bei Lösung dieser Frage besonders interessirten tabakbauenden Distrikte sich findet, daß dagegen die Opposition von dem einzigen Sachverständigen der Tabakbranche, dem Kommerzienrat Schöppenbeck aus Berlin, geführt wird. Sowohl die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths auch Mitglieder von Handelskammern sind, gehören sie sämtlich zu den prinzipiellen Gegnern des Monopols. Man ist gespannt darauf, welchen Werth die Regierung, wenn alle Überrebungskünste ihrer Kommissarien nichts gebracht haben, einem negativen Votum der von ihr selbst so hochgeschätzten Körperschaft beimesse wird.

— Auch heute, so wird der „National-Ztg.“ geschrieben, beschäftigte man sich in parlamentarischen Kreisen vorwiegend mit dem Tabakmonopol-Entwurf. Man ging vielleicht so weit, den ganzen Entwurf nur für einen Versuchsballon zu halten. Sehr abfällige Urtheile kamen auch aus den Reihen des Zentrums und der Konservativen; letztere bestreiten, daß der Reichskanzler beabsichtigte, nach eventueller Ablehnung des

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau. (Nachdruck verboten.) (38. Fortsetzung.)

„Sie haben Recht,“ sagte er endlich, „ich habe sie oder einen Beauftragten von ihr hierher bestellt. Vielleicht sind Sie derjenige, den sie anstatt Mrs. Graves hierher geschickt hat — ja, so wird es sein.“

„Nein,“ erwiderte Valentin.

„Dann sagen Sie mir, wer sind Sie?“ rief Barklay mit seiner früheren Heftigkeit. „Glauben Sie, daß ich Lust habe, Ihre Rätsel zu lösen, oder daß ich Ihnen erlauben werde, hier zu bleiben und anzuhören, was ich zu verhandeln habe?“

„Ich habe Ihnen gesagt, daß mein Name Merrick ist,“ erwiderte Valentin tief und herausfordernd. „Ich kann nur hinzusehen, daß ich Advokat bin und den Prozeß gegen Ihre Tante führe, als sie auf Leben und Tod angeklagt war. Ich bin in keiner geheimnißvollen Angelegenheit hier, ich hasse Geheimnisse. Die Theilnahme für einen Freund hat mich hierher auf Mrs. Barklays Grundstück geführt, was das Weiterre ist, darüber muß ich Ihnen die Auskunft verweigern.“

Arthur Barklay hörte seine Rede geduldig an, dann zog er sein Feuerzeug aus der Tasche, schlug Licht und hielt das Streichholzchen dicht vor Valentin's Gesicht, um die Züge des Mannes zu sehen, der sich in seine Einsamkeit eingebrängt hatte. Auch Valentin benutzte die Gelegenheit, um ihn genauer zu betrachten.

Arthur Barklay war nur wenig verändert seit der Zeit, wo Merrick ihn in York gesehen; wenn überhaupt eine Veränderung mit ihm vorgegangen, so war dieselbe entschieden zum Besseren gewesen.

„Ja, Sie sind der Mann,“ sagte Barklay. „Ihre Stimme kam mir gleich bekannt vor. Sie sind nicht in Amtsangelegenheiten hier“, fuhr er nachdenklich fort, „Advokaten werden nicht im Dienste der Polizei verwendet und Sie sind Mrs. Barklay nur zufällig begegnet. Wenigstens glaube ich Sie so verstanden zu haben?“

„Der Zufall hat mich wieder mit Mrs. Barklay zusammengeführt,“ erwiderte Valentin.

„Also ist es nicht die alte Geschichte, weshalb Sie jetzt hier sind?“

„Nein.“

„Das freut mich, belämmern Sie sich um sich selbst und belästigen Sie mich nicht weiter“, sagte er grob. „Ich habe genug mit mir zu thun, als daß ich an Ihre Angelegenheiten denken sollte; Ihr plötzliches Erscheinen trieb mich in jenen Versteck zu den Ratten. Aber Eins glaube ich verstanden zu haben,“ und dabei legte er seine Hand schwer auf Valentin's Arm.

„Und das wäre?“ fragte der Advokat.

„Dass Sie Mrs. Barklay mißtrauen, daß Ihre Ansicht von dem Charakter derselben, ihrer Willenskraft und Falschheit der meisten gleich ist! Ihr Advokaten sagt eine Menge Dinge, an die Ihr selbst nicht glaubt; Ihr faselt von den Tugenden Eurer unglücklichen Klienten; aber als Sie in Yorkshire gegen Mrs. Barklay sprachen, glaubten Sie da, daß sie ohne Gewissensstrümpf den alten Mann ums Leben brachte?“

„Ja.“

„Sie glaubten nicht, daß ich die That begangen?“ sagte er in immer heftigerer Erregung; „gab Ihnen meine Lebensweise keinen Grund zu der Vermuthung, daß sie mich zu einem solchen Verbrechen, wie das, was Sie begangen, geführt haben könne?“

„Nein.“

„Und Ihre Meinung ist unverändert dieselbe?“

„Unverändert dieselbe,“ erwiderte Valentin.

„Dann will ich Ihnen sagen, was mich nach Webbercombe geführt hat.“

„Ich dachte, Sie wollten mich nicht weiter behelligen,“ sagte Valentin gelassen.

„Ich habe meinen Entschluß geändert. Nehmen Sie an,“ versetzte er und ließ seine Hand wieder schwer auf Valentin's Arm fallen, „daß ich Sie als Zeugen vorlade, denn ich werde fogleich eines solchen bedürfen.“

„Ich bin nach Webbercombe gekommen, um Mrs. Barklay eine Summe Geldes zurückzuzahlen, die sie mir geborgt hat,“ sagte Arthur Barklay, „und schrieb ihr, daß sie mich hier treffen möge.“

„Ein sonderbarer Ort, um Geldangelegenheiten zu ordnen.“

„Das ist richtig,“ war die Antwort, „aber er passt uns beiden. Sie hat einen Widerwillen dagegen, mit mir zusammen zu kommen, wie ihn wohl eine Frau haben mag, die des Glaubens ist, daß ich ihren Gatten ermordet habe. Von dem Tage ihrer Verhaftung an, selbst im Gefängnis, hat sie diese Komödie weiter gespielt — als ob sie wo möglich sich selbst etwas weisz machen wollte.“

„Und später hat sie Ihnen Geld geliehen?“

„Sie gab mir im letzten Winter zehntausend Pfund, eine Gabe, durch welche sie hoffte, sowohl ihr Gewissen wie meine Habfucht zu befriedigen. Ich war im Elend und nahm das Geld an. Ich könnte nicht sagen, daß ich jetzt grade reich wäre, aber ich bringe ihr das Darlehn nebst Zinsen wieder und danke dem Himmel, daß ich der Schande eines solchen Almosens enthoben bin. So — jetzt — wissen — Sie,“ und bei jedem Worte schlug er Merrick bestätigend auf den Arm, „daß ich keinen Anteil an Onkel Barklays Geld haben mag. Sie strebte nach Besitz, sie verkauft ihre Seele dafür, und ich will keinen Theil an ihrem sträflichen Handel haben.“

Er warf die Pfeife zu Boden, schlug die Hände zusammen, sprang auf und ging mehrmals auf und ab, dann ließ er sich wieder neben seinem Zuhörer auf den Baumstamm nieder und sagte:

„Sie sollen mein Zeuge bei der Übergabe sein, Sie sind ein Mann, dem ich trauen kann, und mein guter Genius — manchmal denke ich, ich habe einen, trotz all' der Teufel, die in mir wohnen — hat Sie mir heute gesandt.“

„Ich sehe nicht ein, wozu Sie mich in diese Angelegenheit ziehen wollen,“ sagte Valentin zögernd. „Die Sache geht doch nur Sie und Mrs. Barklay allein an.“

„Ja, aber ich traue der Dame nicht,“ sagte Arthur. „Es könnte ja leicht ein Anschlag — nein, wenn ich es recht überlege, ist sie dessen doch wohl nicht fähig.“

„Dann können Sie meiner Dienste auch entbehren,“ bemerkte Valentin.

„Ich weiß nicht, ob ich das kann,“ war die Antwort, „und da Sie eben hier sind, um Mrs. Barklay zu treffen, und — beim Himmel, ich weiß nicht, wie das zugeht! aber es wäre

Entwurfs den Reichstag aufzulösen, während man auf der Linken eine solche Absicht nach wie vor für wahrscheinlich hält. Die Erklärungen sind den Bundesregierungen noch nicht zugegangen. Immerhin verlaute aber, daß der Entwurf bereits im Bundesrat auf bedeutende Schwierigkeiten stößt; ganz besonders dürften diese seitens der bairischen und der sächsischen Regierung erhoben werden. Unter solchen Umständen fehlt es schon heute nicht an Stimmen, welche behaupten, daß noch keineswegs sich vorhersagen lässe, ob dieser Entwurf überhaupt an den Reichstag gelangt und die Frühjahrssession des Reichstages wirklich stattfinden werde. Ein Votum, welches der Reichskanzler nicht gefordert hat, wird ihm in nächster Zeit aus dem preußischen Landtage zukommen. Anlässlich der Debatte über die Verwaltung der indirekten Steuern wird im Abgeordnetenhaus über das Tabakmonopol diskutiert werden und sich dabei zeigen, wie wenig Anklang der Entwurf findet.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Berathung der Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Hannover hat heute bei dem Eintritt in die Diskussion den Antrag entsprechend den Bestimmungen der Kreisordnung für die östlichen Provinzen auch in Hannover das Institut der Amtsvorsteher einzuführen mit 11 gegen 6 Stimmen (Zentrum und Fortschritt) abgelehnt; ebenso die Übergangsbestimmungen in den §§ 118—120 des Entwurfs der Kreisordnung, denen zufolge die Kreisordnung und eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 schon am 1. April 1883, der übrige Theil des Organisationsgesetzes und das Gesetz über die Verfassung der Verwaltungsgesetze aber erst auf Grund eines besonderen Gesetzes in Kraft treten sollen. Dagegen wurde der Antrag Brüel und Genossen, daß die neue Kreisordnung erst mit Erlass des allgemeinen Kompetenzgesetzes in Kraft treten solle, mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Kommission wird morgen in die Spezialdiskussion eintreten.

Die Vorlage, betreffend die Kontrolle der Milch, ist der landwirtschaftlichen Sektion des Volkswirtschaftsrats zur Beratung zugegangen. Es heißt in der Vorlage: „Die bisher in den größeren Städten ausgeführten Untersuchungen der zum Verkauf gestellten Kuhmilch haben ergeben, daß dieses besonders für die Ernährung der Kinder unentbehrliche Nahrungsmittel häufig durch Verdünnung mit Wasser oder durch Entziehung des Fettes in seinem Nahrungsvalue gemindert und oft auch durch Zusatz fremder Stoffe, Salicylsäure, Kreide &c. verfälscht wird oder sich in Folge der beginnenden Säuerung bereits bei dem Verkaufe in verdorbenem Zustande befindet. Die Nachtheile, welche sich aus dem Genusse so verschlechterter Milch für die Gesundheit der Konsumenten ergeben, erfordern es dringend, daß Maßregeln getroffen werden, welche geeignet sind, den Verkauf schlechter Marktmilch thunlich zu verbieten. Nach den Mitteilungen des Reichsgesundheitsamts ist es nunmehr gelungen, ein Instrument zur Prüfung des spezifischen Gewichts der Milch herzustellen, welches vor den seither verwendeten Instrumenten aus Glas den Vorteil der Dauerhaftigkeit und größerer Genauigkeit ihrer Angaben besitzt. Erweist sich dieses Instrument als geeignet für den Gebrauch der mit der Kontrolle der Marktmilch zu betrauenden Personen, dann wird ein wesentliches Hindernis für die Einführung einer allgemeinen Kontrolle der zum Verkauf gelangenden Milch beseitigt und dem Erfasse bestätiglicher Vorschriften der Weg gebahnt sein. Die zu erlassenden Vorschriften über die Milchkontrolle werden Bestimmungen darüber enthalten müssen, welche Milch von dem Verkauf als Nahrungsmittel für Menschen gänzlich auszuweisen ist und welche Eigenschaften die zum Verkauf als Nahrungsmittel zuwallende Milch bei der Kontrolle nachweisen muß. Nach den vorläufigen Vorschlägen des Reichsgesundheitsamts würden u. a. 1) das Teilstück der Brustmilch, das heißt der binnen 4 bis 8 Tagen nach dem Kalben von einer Kuh genommenen Milch, als der menschlichen Gesundheit schädlich, zu verbieten sein; 2) anzunehmen sei, daß die zur menschlichen Nahrung bestimmte Milch nur feilgeboten werden darf a) als ganze Milch, d. h. als Milch, wie sie von der Kuh kommt, dieselbe soll ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,0285 bis höchstens 1,034 auf Fettgehalt von mindestens 2,5 pCt. und einen Trockenrückstand von mindestens 10 pCt. haben; b) als halbe Milch, d. h. theilweise entrahmte Milch. Dieselbe soll ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,030 und höchstens 1,035, einen Fettgehalt von mindestens 1,5 pCt. und einen Trockenrückstand von mindestens 2,5 pCt. haben; c) als Magermilch, d. h. völlig entrahmte Milch. Dieselbe soll ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,032 bis höchstens 1,038, einem Fettgehalt von mindestens 0,5 pCt.

vielleicht eben so gut, wenn wir beide ihr zusammen gegenüberstehen.“

„Horch!“ sagte Valentin. „kommt sie da nicht?“

Beide Männer lauschten aufmerksam, und wirklich ließen sich nahende Schritte vernnehmen.

„Sie muß von dort her kommen,“ sagte Arthur, in der Richtung nach Hernley zu weisend, „dies muß ein anderer Spurenfried sein, vielleicht ein anderer Besucher der schönen Wittwe,“ fügte mit spöttischem Lachen hinzu.

„Ich hätte es für möglich gehalten, daß sie von dort her gekommen wäre,“ erwiderte Valentin.

„Nun — nun — Niemand kann vorher sagen, was sie thun oder lassen wird,“ sagte Arthur, Valentin scharf ansehend und sich dann achselzuckend abwendend. „Ihr ganzes Leben ist ein Rätsel.“

Er stemmte die Ellenbogen auf die Kniee, stützte den Kopf zwischen seine Hände und starnte in die Nacht hinaus, auch als Valentin aufstand, als wolle er der Kommenen entgegengehen, schien er es nicht zu bemerken.

(Fortsetzung folgt.)

Musikalische Rundschau.

Wenn wir bei unserer lange unterbrochenen Uebersicht des musikalischen intra et extra muros etwas versäumt hätten, so würde dies schwerlich die örtlichen Verhältnisse berührt haben, denn die musikalischen Lokalverhältnisse sind mit Ausnahme unserer Oper dadurch vor aller Vernachlässigung publizistischer Rücknahmen geschützt, daß sie bei ihrem fast stetigen Wachsthum nach der negativen Seite hin derselben mehr und mehr entbehren müssen. Namentlich sind es die sogenannten Virtuosenkonzerte, die bei uns mehr und mehr unter dem Marasmus der Gleichgültigkeit zu leiden haben. Dies einzig und allein einer Abnahme an Interesse zugeschrieben, wäre jedenfalls einseitig und ungerecht. Was uns fehlt ist ein jeweiliger Stützpunkt, ein Kristallisierungspunkt, eine Garantie der Menge, Hand in Hand mit jener Willigkeit, die der gewiß nicht kleinen Gemeinde musikalisch Verständiger und Empfänglicher die Theilnahme am Genusse ermöglicht. Künstlern eine Garantie zu bieten, dadurch deren Forderungen herabzumindern und gleichzeitig im Vertrauen auf

und einem Trockenrückstand von mindestens 9 pCt. haben. 3. Gedenk Zusatz zur Milch, welche als Nahrungsmittel für Menschen verfaßt wird, zu verbieten sein. Die Lösung dieser Fragen ist von hoher Bedeutung für die Landwirtschaft, da sie auf die Produktion der Milch und deren Werwerbung erheblichen Einfluß auszuüben geeignet ist. Die Sektion wolle sich daher äußern: 1. ob und eventuell inwiefern die oben unter Ziffer 1 und 3 aufgeführten Verbote die Interessen der Landwirtschaft, insbesondere der Milchproduktion schädigen werden, 2. ob und eventuell welche Einwendungen vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus gegen die oben unter Ziffer 2 vorgeschlagenen Unterscheidungen zwischen ganzer, halber und Magermilch zu erheben sind.

Das so eben veröffentlichte dritte Verzeichniß der bei dem Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionen umfaßt 149 Nummern, die unter die betreffenden Kommissionen vertheilt worden sind. Eine große Anzahl derselben bezieht sich auf den Gesekentwurf über die Hundesteuer und zwar geben dieselben zum größten Theil von städtischen Behörden aus und sprechen den Wunsch aus, daß die in den Städten austostende Hundesteuer den Städten verbleibe. Von den übrigen Petitionen deantaugt ebenfalls eine größere Anzahl den Bau oder Beibülls zum Bau von Eisenbahnen.

Wie gemeldet wird, ist der bei der Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. beschäftigte Regierungsassessor Camp als Hülfssarbeiter in das Ministerium für Handel und Gewerbe herauf und wird am 1. April diese Stellung antreten. Assessor Camp hat sich zuerst bekannt gemacht durch eine im Jahre 1880 erschienene Schrift: „Die wirtschaftlichen sozialen Aufgaben unserer Zeit auf industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete.“

Nageburg. 27. Februar. Die Affaire Berlin-Bennigsen hatte in der heutigen Sitzung der hiesigen Ritter- und Landschaft ein Nachspiel. Auf der Tagessordnung stand der Bericht der sächsischen Kommission zur Prüfung der gegen das Mitglied der Ritter- und Landschaft und des Landschaftscollegiums Herrn Kammerath Berling-Büchen seitens des Ober-Präsidentiums gestellten Anträge; auf Antrag des Herrn Schlichteisen (Lauenburg) und gegen den Widerspruch des Vorstehenden, Erblandmarschalls v. Bülow, wurde beschlossen, darüber in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Der Vorstehende referierte: Es sei in Folge des bekannten Pamphlets des früheren Landräths von Bennigsen gegen den Abg. Berling im November v. J. von der königlichen Regierung zu Schleswig beim Präsidium der Kreiskommunalbehörde der Antrag gestellt, Berling aus dem Kreistage und Landschaftscollegium auszustossen. In einer darauf stattgehabten Sitzung des Kreistags sei dann eine Kommission gewählt, um das gegen Berling vorgebrachte Altematerial zu prüfen und Bericht zu erstatte. Zwischen sei von dem Herrn Ober-Präsidenten Steinmann das bekannte Schreiben eingegangen, worin derselbe alle gegen den Abg. Berling erhobene Beschuldigungen als grundlos erklärt und den gestellten Antrag auf Ausschluß Berlings aus dem Landschaftscollegium und der Ritter- und Landschaft urtheilt. Dadurch sei auch der Auftrag der Kommission gegenstandslos geworden und gebe letztere die Aten in die Hände der Ritter- und Landschaft zurück. Abg. Michelson-Mölln erklärt, daß er in der Kommission den Antrag gestellt habe, dieselbe möge ihrem Bedauern über das ungerechte Verfahren gegen Berling Ausschluß geben; dieser Antrag habe aber keine Unterstützung gefunden. Die Herren Schlichteisen (Lauenburg) und Behr (Mölln) sprechen sich ebenfalls mißbilligend über das passiose Verhalten der Kommission in der Berling'schen Angelegenheit aus, mindestens hätten sie erwartet, daß die Kommission ihre Befriedigung über die völlige Rechtfertigung, welche der Abg. Berling allerdings allein durch sich selbst gefunden, einem Manne gegenüber Ausschluß verliehen hätte, welcher seine ganze Thätigkeit dem Kreise widmete. Abg. v. Schröder ist der Ansicht, daß, nachdem der Ober-Präsident, der höchste Verwaltungsbeamte der Provinz, durch sein bekanntes Schreiben dem Abg. Berling eine so glänzende Genugthuung gegeben habe, die Kommission Berling keine größere Genugthuung geben könne. Abg. Berling spricht sich in längerer Rede sehr entüstet über die Kommission und deren Vorstehenden aus, und legte dann dar, daß der ständisch Vertretung gar nicht das Recht aufstehe, ihn von der Kreisvertretung ausschließen. Wenn der Ober-Präsident sich das Recht genommen habe, auf die Aussage zweier Hallunken hin, welche die schämlichsten Verleumdungen gegen ihn erhoben hätten, seine Ausschließung aus der Ritter- und Landschaft resp. dem Landschaftscollegium zu beantragen, so hätte das Ansinnen des Oberpräsidenten einfach abgelehnt werden müssen. Dadurch, daß dies nicht geschehen, sei das verlaßungsmäßige Recht verletzt worden. Er, Redner, habe von dem Tage, als ihm das Unserhöre zu Ohren gekommen, seine ständischen Ehrenämter auf sich zu beuhen lassen, er habe erst auf gerichtlichem Wege Genugthuung haben wollen, ehe er dieselben wieder übernahm. Inzwischen habe die Regierung durch in Aussichtstellen des Kompetenzkonflikts die Angelegenheit zu verschleppen gesucht. Das habe ihn veranlaßt, notarielle Zeugenvernehmungen anstellen zu lassen, durch welche er vollständig gerechtfertigt sei. Hierach habe er sich entschlossen, seine Amtskraft wieder anzutreten und dies auch dem Vorstehenden des Landschaftscollegiums mitgetheilt. Dieser habe ihm aber geantwortet, auf Grund des Antrags des Ober-Präsidenten könne er ihn wohl nicht eher an den Sitzungen teilnehmen lassen, als bis seine Sache entschieden sei. Das wäre doch ein Verfahren, welches allem gegen ihn beobachteten Missbrauch die Krone aufgesetzt habe. Er, Redner, hätte doch gar nicht nötig gehabt, dem Vorstehenden Mittheilung von der Wiederaufnahme seiner Amtskraft zu machen; er hätte einfach zu den Sitzungen erscheinen können, er hätte mit der formellen Annmeldung nur einen Akt der Höflichkeit vollziehen wollen und durfte hiernach seine Entrüstung über die ihm darauf zu Theil gewordene Antwort erklärlich sein. Abg. Behr spricht hierauf die Erwähnung aus, daß ein Beschluß gefasst wird, wodurch der Kreistag seiner ständlichen Entrüstung über das Vorgehen gegen den Abg. Berling Ausdruck verleiht, und bedauert, daß dies nicht schon von der Kommission geschehen ist. Abg. Graf v. Bernstorff-Gyldestein bitte die Sache nun auf sich zu beuhen zu lassen. In der einen Sache, wo Berling falsch beschuldigt sei, hätte der Landrat seine gerichtliche Verurtheilung me; in der andern Sache hätte der Landrat sich tief gedemütigt (Redner gebrauchte hier im Weiteren einen Ausdruck, den wir aus Humanitätsrücksichten unterdrücken). Wie würde der Landrat eine hervorragende Stellung wieder einnehmen, was der selbe sich eingebroct, könne er Zeit seines Lebens nicht aussehen. Den Ober-Präsidenten treffe weniger Schuld, da der Landrat demselben Beschuldigungen gegen Berling als wahrheitsgemäß dargestellt habe. Es freulich sei es für den Kreistag, daß eines seiner Mitglieder reingewaschen und der Uebelhöter bestraft worden sei. Schließlich stellte Graf Bernstorff-Gyldestein im Verein mit anderen Abgeordneten folgenden Antrag: Der Kreistag spricht eine Freude darüber aus, daß ein Beschluß gefasst wird, wodurch der Kreistag seiner ständlichen Entrüstung über das Vorgehen gegen den Abg. Berling Ausdruck verleiht, und bedauert, daß dies nicht schon von der Kommission geschehen ist. Abg. Graf v. Bernstorff-Gyldestein bitte die Sache nun auf sich zu beuhen zu lassen. In der einen Sache, wo Berling falsch beschuldigt sei, hätte der Landrat seine gerichtliche Verurtheilung me; in der andern Sache hätte der Landrat sich tief gedemütigt (Redner gebrauchte hier im Weiteren einen Ausdruck, den wir aus Humanitätsrücksichten unterdrücken). Wie würde

der Landrat eine hervorragende Stellung wieder einnehmen, was der selbe sich eingebroct, könne er Zeit seines Lebens nicht aussehen. Den Ober-Präsidenten treffe weniger Schuld, da der Landrat demselben Beschuldigungen gegen Berling als wahrheitsgemäß dargestellt habe. Es freulich sei es für den Kreistag, daß eines seiner Mitglieder reingewaschen und der Uebelhöter bestraft worden sei. Schließlich stellte Graf Bernstorff-Gyldestein im Verein mit anderen Abgeordneten folgenden Antrag: Der Kreistag spricht eine Freude darüber aus, daß ein Beschluß gefasst wird, wodurch der Kreistag seiner ständlichen Entrüstung über das Vorgehen gegen den Abg. Berling Ausdruck verleiht, und bedauert, daß dies nicht schon von der Kommission geschehen ist. Abg. Graf v. Bernstorff-Gyldestein bitte die Sache nun auf sich zu beuhen zu lassen. In der einen Sache, wo Berling falsch beschuldigt sei, hätte der Landrat seine gerichtliche Verurtheilung me; in der andern Sache hätte der Landrat sich tief gedemütigt (Redner gebrauchte hier im Weiteren einen Ausdruck, den wir aus Humanitätsrücksichten unterdrücken). Wie würde

Rußland und Polen.

[Rückkehr Skobylew's.] Skobylew kam, wie wir dem „Bund“ entnehmen, am 24. v. M. von einem Diener begleitet, im Hotel de la Paix in Genf an und setzte am folgenden Tage seine Reise über Lausanne, Bern, München nach Russland weiter fort. Der Petersburger Korrespondent der „Natur-Ztg.“, den das Blatt für „durchaus zuverlässig zu halten Ursache hat“, meldet unter dem 1. d.:

General Skobylew ist in aller Stille hier angekommen; es ist wenig wahrscheinlich, daß ihn der Kaiser empfangen wird, zu Maßregeln gegen ihn wird es schwerlich kommen.

[Über die Vorgänge, welche Skobylew's Abreise aus Paris vorausgingen.] bringt der Pariser Berichtsteller des oben genannten Blattes eine Korrespondenz, der wir das Nachstehende entnehmen:

Die Mitteilungen, welche Fürst Orlow hier diplomatischen Bekanntnissen über seine Begegnisse mit dem General Skobylew gemacht hat und die sich nach und nach auch der Kenntnis weiterer Kreise nicht mehr entziehen, sind für die Beurtheilung der bekannten hiesigen Zwischenfälle ungemein interessant. Fürst Orlow hatte danach den General Skobylew nicht gesehen gehabt, sondern nur Karten mit ihm ausgetauscht, als er die vom Zaren eigenhändig unterzeichnete Ordre erhielt, welche den General Skobylew anwies, angeblich der selben nach Russland zurückzuführen. Fürst Orlow war angewiesen, die Ordre dem General persönlich zu übergeben; der russische Botschafter begab sich um zehn Uhr Morgens in die Wohnung des Generals und wurde natürlich bald vorgelassen. Die Schilderung, die Fürst Orlow von dem persönlichen Zustande Skobylews gemacht haben soll, übergehe ich; sie kommt aus das heraus, was von den Morgenbewohnheiten starker und sehr reduzierter Trinker erzählt wird. Als Fürst Orlow dem General mitteilte, er überbringe ihm den Befehl zur Heimreise, erblachte Skobylew und ein nervöses Zittern überkam ihn. „Bon nem ist der Befehl unterzeichnet, vom Zaren, oder von Sanjaten?“ fragt endlich sich fassend General Skobylew. Auf die Antwort, daß der Zar selbst den Befehl unterzeichnet habe, verließ Skobylew in einem solchen Zustand der Niedergeschlagenheit, daß Fürst Orlow, dem die Sache peinlich wurde, Skobylew die schriftliche Ordre überreichte und sich empfahl. Jedenfalls hat nach den Schilderungen des Fürsten Orlow Skobylew bei dieser Gelegenheit die Feindseligkeit und Räthselhaftigkeit nicht gezeigt,

die Nachfrage den Billetpreis populärer zu gestalten, ist bisher mit Glück von Vereinigungen versucht worden, wobei allerdings ein gewisser Dispositionsfonds die letzten Skrupel zu beseitigen wußte. Auf diesem Wege noch einen Schritt weiter zu gehen und nicht von Fall zu Fall sondern nach einem geplanten umfassenden Systeme zu operieren, dürfte dem hiesigen öffentlichen Konzertwesen vor allen Dingen förderlich sein. Unsere hiesigen Gesellschaften und Vereine würden nebenher noch immer ein gutes Werk thun können, soweit es ihre beschränktere Mitgliederzahl gestattet, ab und zu eine solche Garantie zu übernehmen, einen Stolz darin zu suchen, selbst mit Opfern, sich zum Brennpunkt einer allgemeinen künstlerischen Unternehmung zu machen.

Zum Glück deuten mancherlei Anzeichen darauf hin, daß die zweite Hälfte der Saison eine ergiebigere sein werde, oder vielmehr, daß sie nachgerade beginnen werde; außerdem hat dies Jahr unsere Oper die Lücke zum Theil auszufüllen verstanden durch eine höchst lobenswerthe Vorführung einer ganzen Serie von höheren Werken.

Wie sehr unsere gesammten Theaterverhältnisse eine geraume Zeit lang unter dem grauigen Eindruck der wiener Katastrophe standen, ist uns allen noch hinzüglich erinnerlich, und wenn auch Herr von Hülsen Recht haben mag, wenn er an Maurice in Hamburg schreibt, wie schlimm es sei, daß durch notorisch läderliche, ordentlich haarsträubende Wirthschaft, wie zu Rizza und Wien, auch alle anständigen Theater mitgeschädigt würden, so ist doch inzwischen unter den Stammesverwandten jener Bühnen jedenfalls vielfach gründlich aufgeräumt und mancher Schlendrian, auch höher hinauf, beseitigt worden. Mit einer Frucht dieser Vorjüge sind jedenfalls auch die Versuche, das elektrische Licht den Theatern zu mehr und mehr dienstbar zu machen, wenngleich auch hier die Gefährlichkeit nicht vollkommen ausgeschlossen ist. Versuche, in der großen Oper zu Paris angestellt, zeigen es schon jetzt außer allen Zweifel, daß in den Farben der Kostüme und der Dekorationen eine große Revolution die Folge sein werde; auch die ganze Manier des Dekorationsmalens wird eine sorgfamere werden müssen, da alle geniale Alexerei erbarungslos bloßgestellt wird, auch die Perspektive wird ängstlicher zu handhaben sein und die ganze Methode des Schminkens an-

die ihm bei den Kämpfen um Plevna und Göktepe nachgerühmt werden. Die Schätzung, die Fürst Orlow gab, stimmt übrigens mit dem, was von dem Verhalten und der Lebensweise des Generals hier schon vorher verlautete.

[Im Prozesse gegen Trigonja und Genossen] hießt, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, der Mitangeklagte Suchanow eine glänzende Rede, die selbst die Richter tief ergriff. Er setzte umständlich auseinander, was ihn zum Revolutionär gemacht. Während seiner Dienstzeit in der Marine habe er hier und überall in allen Verwaltungszweigen Beruntreuungen und Beträgereien gefunden, gesehen, daß nur Gemeinheit und Persönlichkeit glänzende Karriere machen. Zeigen Sie mir in Russland einen einzigen ehrlichen Menschen ohne glänzenden Namen, der das Gegentheil beweist! rief er aus. Zufällig habe er Bekanntschaft mit Revolutionären gemacht und unter ihnen ideale und selblos Leute gefunden, die ihn anzogen, während die Fäulnis der Gesellschaft ihn anwirkt. Acht Tage vor dem 13. März sei er endgültig der nihilistischen Partei beigetreten.

Im Laufe dieses Prozesses hat sich im Gerichtssaal eine höchst sonderbare Szene abgespielt, die auf die Leitung der russischen Rechtspflege kein besonders günstiges Licht wirft:

Eine der angeklagten Nihilistinnen hatte nämlich von vornherein erklärt, man möge sie von dem ganzen Prozeßverfahren entbinden, denn sie würde so wie so auf keine an sie gerichtete Frage antworten und überhaupt keinerlei Auskunft geben. Mit dieser Angeklagten nun beschrieb sich ihr Anwalt unter vier Augen im Gefangenzimmer; hier aber hatte sich entweder ein freiwilliger oder ein gedungener Spion eingefüllt und verstaat, der die Beiden belauschte und die Unterredung dem Präses des Gerichtshofes, Herrn Deyer, mitteilte. Das geschah am Mittwoch. Am Donnerstag nun, beim Beginn oder im Verlauf der Sitzung erhob sich der Vorsitzende des Tribunals, Senator Deyer, und sprach sein großes Missfallen darüber aus, daß Rechtsanwälte geheime Unterredungen mit den Angeklagten gehabt hätten; es sei das durchaus unstatthaft und er verbiete das für die Folge. Nach diesen Worten herrschte zunächst unter Publikum und Rechtsbeiständen einiges Stille; dann aber erhob sich der sehr geachtete älteste Anwalt in Petersburg, Herr Gerard, und entgegnete dem Präsidenten, daß er zunächst sein Erstaunen über diese ganz gefährliche Anordnung des Herrn Vorsitzenden hiermit ausdrücke; denn nach altem unantastbarem Recht stelle es dem Anwalt und Klienten frei, so oft unter vier Augen zusammenzukommen, als es ihnen nur beliebe. Das sei ein durch Kaiserliche Zusage geheiligter Rechtsatz, den kein russischer Jurist sich nehmen lassen werde. Der Präsident war über diese Kühnheit zunächst stark vor Schrecken, wandte sich aber, nachdem Herr Gerard geendet hatte, in sichtlicher Verlegenheit an den aus dem Kaiserordnerprozeß schon rümlich bekannten Staatsanwalt Muravjew und bat diesen, seine Ansicht in dieser Streitfrage abzugeben. Muravjew zuckte die Schultern und meinte: Herr Präsident, der Anwalt Gerard ist in jeder Hinsicht in seinem Rechte! Dadurch in noch größere Verwirrung gebracht, ordnete Herr Deyer an, daß das Gericht sich befußt Berathung des wichtigen Falles zurückziehe und nach dreifürdigen Verhandlungen erschließen endlich die Herren wieder im Sitzungssaal und erklärten ihr Bescheid sei zu Gunsten des Anwaltes Gerard ausgefallen. Der Präsident schnitt zwar ein saures Gesicht, aber die Sache war einmal nicht zu ändern. Als Herr Gerard darauf in einer Versammlung von Juristen erschien, wurde er mit donnerndem Bravor empfangen.

Warschau, 28. Februar. [Die Agitation gegen die Juden], schreibt man der „Breslauer Zeitung“, hat noch immer ihr Ende nicht gefunden. In diesen Tagen fand die Polizei wieder Plakate, wern auch blos geschriebene, welche zu neuen Erzeugen anreizten. Doch sind die Fastnachtstage ohne die befürchtete Störung vorübergegangen. Patrouillen durchziehen aber noch immer Tag und Nacht die Stadt. Die Wachsamkeit der Behörden läßt nicht nach, und neue Verhaftungen von Aufwiegern werden wohl die gegenwärtige Agitation völlig unterdrücken. Die Friedensrichter, die mit der Aburtheilung der Exzedenzen bei den letzten Vorfällen beauftragt waren, haben ihre Arbeit vollendet. Gegen 300 meist junge Menschen sind zu Strafen von zwei Wochen bis vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Unter den Verurtheilten erregte viel Aufsehen

Lassenes wieder einzuführen, so in Gotha und in Coburg, hier wie dort behaft man sich zeitweilig mit einer geborgten Oper. An Novitäten ist auch der neueste Opernmarkt nicht gerade arm gewesen, aber man hört sehr wenig von einem wahrhaft durchschlagenden Erfolg; all diesen Berichten hastet das Rainszeichen einer baldigen klanglosen Zukunft an der Stirn. Harald der Viking von Hallén gefiel in Leipzig namentlich wegen des Textes von Herrig. Vera, Text und Musik von Martin Röder, gab durch ihre erste Aufführung in Hamburg dem Komponisten Veranlassung zu wesentlichen Kürzungen; „Der wilde Jäger“ von Neßler, dem Komponisten des „Rattenfängers“, hat nach einer Première in Leipzig Vergleiche hervorgerufen, die sehr zu Gunsten dieser früheren Oper ausgefallen sind, auch die vielbesprochene Preisoper von Reinthalter, „Käthchen von Heilbronn“, scheint über sogenannte gute Erfolge nicht hinwegzufommen. Frankfurt, Braunschweig und Hamburg haben den Reigen eröffnet. Gleichzeitig ist jetzt auch eine Oper gleichen Namens von Lux in Dessau aufgeführt worden. Dieselbe ist nicht weniger denn 40 Jahre alt, damals in Dessau, Mainz und Wiesbaden gegeben worden, dann wieder entschlummert und durch seine Rivalin, wie Dornroschen, plötzlich wieder auferweckt worden und zwar wesentlich geändert und gekürzt. Entschieden besser soll das Textbuch zu Reinthalter's Oper sein (Vulthaupt). In Magdeburg kam Freudenberger's „Kleopatra“ zur Aufführung, und von Klughardt, dem Komponisten des „Zwein“, steht eine neue Oper „Gudrun“ in Aussicht. Von August Bünger ist sogar eine auf zwei Abende berechnete Oper „Odyssäus“ bevor, zu der er auch den Text geschrieben. Von neuen französischen Opern, die betreffs einer ersten Aufführung ins Ausland wandern müssen, nennen wir: „Le Sigurd“ von Reyer (Mailand), „Richard III.“ von Salvatore (Wien), „Die Gelsen“ von Godard (Wien), „Belléda“ von Léon Perven (London). Massenet's „Herodiade“ ist in Brüssel gegeben worden. Gounod behandelt in einer neuesten Oper den Stoff der Loreley-Sage; in „La fée du Rhin“ soll dem Ballet ein großer Spielraum gewährt werden, die stumme Loreley wird die Tänzerin Senegalli geben. Auch Verdi hat eine neue Oper „Otello“ fertig. Des böhmischen Komponisten Metan a

ein verabschiedeter Offizier, der bei den Dezember-Krallen in seiner Uniform den Pöbel aufwiegeln und bei den Demolirungen leitete. Er wurde zu nur zwei Wochen Haftstrafe verurtheilt.

[Köln, 28. Februar. Das Gericht von Truppen-Ansammlungen längs der Grenze ist neuwärts aufgetaucht, und doch kann wiederholt werden, was unlängst von hier aus berichtet worden, daß wir in dieser Stadt gegenwärtig eine schwächere Besatzung haben, als die Stadt um diese Zeit je gehabt hat. Bemerkst muß hier werden, daß nach der im vorigen Jahre vollzogenen Gestaltung der Reserve- und Landwehrreinrichtung auf preußischen Fuß im Frühjahr damit begonnen werden soll, die Landwehr in Preußen das 2. Aufgebot – zu zweit bis vierwochentlichen Übungen einzubauen. Ebenso wird man mit der Bildung von Erbschaftsreserven, deren Ausbildung in vier bis sechs Wochen vollendet sein soll, den Anfang machen. Die Ausbildung der Leute wird im März erfolgen, die Vorbereitungen dazu haben bereits jetzt schon begonnen. Die Strafnachrichten sollen vom 1. bis 13. April ab eine Traktamentszulage von je drei Kopfen (ungefähr 4 Pf.) pro Mann und Tag erhalten. Man glaubt die Leute durch diese Erhöhung von der jetzt wieder sehr eingerissenen Belohnung der Schmuggler gegen eine sogenannte „rapo“ – Bestechung – abzuhalten. – An vielen Stellen im diesseitigen Grenzrayon grassieren Böken und zwar größtentheils in solchen Spalten, wo die Schmuggler ihre Waare absetzen und auch meistens ihren Aufenthalt während ihrer Ruhezeit nehmen. Es ist daher nicht zu wundern, daß in Grenzorten jenseit der Grenze, wo diese Leute anhaltend verkehren und die Depots der herüberziehenden Waaren sich befinden, die Böken ebenfalls eingeschleppt sind und grassieren.]

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 2. März. In der zweiten Kammer brachte Schneider (Mannheim) einen von 27 Mitgliedern aller Parteien unterstützten Antrag ein, die Kammer wolle der Regierung die Erwartung aussprechen, sie werde den Vertreter im Bundesrat inscreieren, gegen die Einführung des Tabaksmonopols zu stimmen.

London, 2. März. Die Morgenblätter melden, das Oberhauskomite habe der Regierung angezeigt, es wolle seine Untersuchung auf die allgemeinen Wirkungen der irischen Landakte befranken, ohne die richterlichen Entscheidungen der Landkommission zu kritisieren. „Daily News“ erfährt, das Kabinett erachte diese Konzession als unzulänglich.

Petersburg, 2. März. Der „Regierungsanzeiger“ tritt der Ansicht der ausländischen Presse entgegen, daß die „Neuzeit“ ein offizielles Organ des Ministers des Innern sei, bezeichnet dieses Gericht als jeden Grundes bar und hebt hervor, der Minister des Innern bedürfe keines offiziösen Organs, sein Verhältnis zu der „Neuzeit“ sei genau dasselbe wie zu anderen Petersburger Zeitungen. (Sämtliche wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 2. März, Abends 7 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte in dritter Lesung die Abfindung des Hauses Glücksburg und zwei andere kleinere Gesetzestwürfe, überwies die Vorlage über eine neue Packhofsanlage in Berlin einer besonderen vierzehngliedrigen Kommission.

Der Finanzminister erklärt sich mit der Kommissionsberatung einverstanden und gegen die Forderung Reichensperger's, daß die Stadt Berlin zu den Kosten beitrage. Die Neuverträge kommen dem ganzen preußischen und deutschen Handel zu gute, die Heranziehung der Berliner Kaufmannschaft zu den Kosten widerspreche den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

komische Oper „Die beiden Wittwen“ hat in Hamburg sehr gefallen, man röhmt der Musik Aubert'schen Esprit nach, ein Vergleich, der noch nie geschändet hat.

Von dem leichteren Genre der Operette nennen wir „Captain Nicol“ von Karl Zeller, Sekretär im Kultusministerium zu Wien und Verfasser der „Joconde.“ Wahrschafft tonangebend als Novität ist Strauss's „Der lustige Krieg“, ein Werk harmlosen musikalischen Geblütes, welches allerorten gefällt und demnächst auch bei uns in Posen ausgeführt werden soll; sehr wenig Eindruck wußte hingegen Suppes neueste Operette „das Herzblättchen“ zu hinterlassen.

Leocoq, der längere Zeit mit ästhetischer Unter-Bilanz arbeitete, soll mit seinem neuesten Werke „Tag und Nacht“ wieder einen entschiedenen Treffer gemacht haben; hier soll wieder einmal die Musik selbst den wirklichen Ausdruck gegeben haben. (Fortsetzung folgt.)

Theodor Kullak †.

Die Musikwelt Berlins hat einen sehr großen, in mancher Hinsicht fast unerhörlichen Verlust erlitten: Theodor Kullak in Berlin ist am 1. März früh um 7 Uhr gestorben. Im Jahre 1818 in der Provinz Posen geboren, hatte er schon in früher Kindheit bedeutendes Talent zur Musikbekundet, aber mit vielerlei Hindernissen und drückenden Lebensverhältnissen zu kämpfen, bevor ihm vergönnt war, sich der Kunst mit Ruhe und ohne tägliche Sorgen zu widmen. Mit eisernem Fleiß und zäher Beharrlichkeit lag er seinen Studien ob und erworb sich nach und nach Freunde in den hohen Kreisen, die ihn auch unterstützen. In den vierziger Jahren unternahm er eine Kunstreise nach Wien und wußte selbst in der verhohnten, noch von Liszt und Wilmers Erfolgen schwärmenden österreichischen Hauptstadt Interesse und Beifall zu erlangen. Er besuchte noch einige Provinzstädte, fuhr aber schnell nach Berlin zurück, da ihm von dort durch Vermittelung einer ehemaligen Schulex am hohen Kreisen der Antrag gestellt worden war, eine Prinzessin des königlichen Hauses zu unterrichten, dem er sofort folgte. Seit dem Jahre 1843 hatte er seinen dauernden Aufenthalt in Berlin und ist fast nicht mehr als Virtuose öffentlich aufgetreten, obwohl er noch 1846 zum königlichen Hofpianisten ernannt worden war. Um desto ehriger Thätigkeit entfaltete er als Komponist und Lehrer. 1850 gründete er im Vereine mit Prof. Stern und A. B. Marx das „Konservatorium für Musik“, das noch jetzt unter Sterns Leitung mit bester Thätigkeit fortbesteht. Im Jahre 1855 fand er sich veranlaßt, eine eigene Lehranstalt zu errichten „Neue Akademie der Tonkunst“, in welcher der Klavierunterricht den Schwer-

Die Annahme der Vorlage verpflichtet das Haus nicht zu den projektierten Museumsbauten.

Der Bericht über die Ausführung des Notstandsgesetzes in Oberschlesien ging an eine besondere vierzehngliedrige Kommission. Den Abg. Schröder und v. Ludwig gegenüber, die verschiedene Desiderien äußerten, konstatierte der Minister Lucius die unausgeführten Bemühungen der Regierung, die Lage zu heben. Die Förderung der Vorarbeiten für die Drainage übersteige alle Erwartungen. Die Weichselregulirung sei sehr schwierig, habe aber nicht einen Moment geruh. Die Hausindustrie sei eingeführt, um die Bevölkerung an Arbeit zu gewöhnen.

Bitter (Waldenburg) hob die erfreulichen Resultate der eingeführten Handwerkschulen hervor.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte schließlich fast einstimmig den Antrag des Präsidiums betreffend den Neubau eines Geschäftsbürogebäudes für das Abgeordnetenhaus.

Der Minister von Puttkamer sagte die entgegenkommende Prüfung des Antrages zu, da das jetzige Gebäude unzulänglich sei; eine weitere Mitteilung vor der Entschließung der Regierung könne er nicht machen.

Nach den dem Volkswirtschaftsrath zugegangenen Grundzügen für die Regelung der Arbeiterversicherung ist an dem Genossenschaftsprinzip unter der Beihilfe des Reichs festgehalten, so lange bis die Erfahrung lehrt, daß die Industrie die Last allein tragen kann; für Arbeiter, die nicht über 2000 (1500?) Mark Jahresverdienst haben, besteht der Versicherungzwang. Die Höhe der Entschädigung wird nach der vom Reichstag angenommenen Bestimmung mit der Marke bemessen, daß dieselbe für die ersten 13 Wochen nicht aus der Unfallkasse, sondern aus der Krankenkasse zu bestreiten ist, wozu die Arbeitgeber 33 1/3 Prozent beitragen. Bei der Berechnung der Entschädigung soll nur derjenige Theil des Arbeitsverdienstes in Betracht kommen, der 4 Mark täglich nicht übersteigt. Die Grundzüge fassen die Gefahrenklassen ins Auge, wonach die Betriebe mit gleicher Gefahr einzuheilen sind.

In den dem Volkswirtschaftsrath zugegangenen Motiven zum Tabaksmonopol gesetz sind die Einnahmen auf 347,770,442 Mark, die Ausgaben auf 172,324,775 Mark, der Reinertrag auf 175,445,667 Mark veranschlagt. Letzterer ermöglicht sich durch den für eine 4 1/2 % prozentige Verzinsung und Amortisierung der Entschädigungssumme von 334,300,000 Mark erforderlichen Betrag von 9,957,750 M. auf 165,487,917 M.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 25. Februar 1882 erschienene Nr. 9 der „Musik-Welt“. Musikalische Wochenschrift für die Familie und den Musiker, herausgegeben von Max Goldstein, enthält: Der Klavierauszug von Wagner's „Pariser“. Dritter Akt. Von Paul Schumacher. — Memoiren einer Vaudeville. Novelle von Salvatore Farina. Deutlich von Ernst Dohm. — „Kleopatra“, Oper von Freudenberg. Von Max Goldstein. — Berliner Aufführungen: Heymann-Worzetz etc. — Notizen aus der Tagesgeschichte.

** Entscheidungen zum Börsensteuergesetz. Der Regierungsrath und Stempelstift Brackhausen in Berlin hat eine „Sammlung der zum Reichsteuergesetz vom 1. Juli 1851 erlassenen Finanz-Ministerial-Reskripte“ bei H. W. Müller daselbst Hallese Str. 4 (1 Mark) erscheinen lassen, auf die wir in Abetracht der noch täglich bei Anwendung dieses Gesetzes vorkommenden Zweifel und Verlegthenheiten aufmerksam machen. Da bekanntlich der Rechtsweg für die aus dem genannten Gesetz herzuleitenden zivilrechtlichen Ansprüche ausgeschlossen ist, so sind diese Ministerial-Entscheidungen endgültig und daher von jedem, der sich vor Schaden hüten will, wohl zu beachten.

punkt bildete, und die sich immer glänzender entfaltete und auch in ar deren Fächern hochachtbare Künstler als Lehrer beschäftigte. In den letzten Jahren zählte die Anzahl über 1000 Schüler aller Länder und Nationalitäten. Aus ihr sind Pianisten hervorgegangen, die entschieden zu den bedeutendsten Virtuosen gehören und überall glänzenden Ruf erworben haben, wie Grünfeld und Scharwenka. Ebenso sind Moszkowski, der geistvolle und originelle Komponist, Heinrich Hoffmann, der bekannte Opernkomponist, Dr. H. Bischoff, der gebiegne und gründlich gebildete Herausgeber klassischer Werke, O. Nezel und andere sehr geachtete Musiker in Kullak's Schule bildeten. Seine Thätigkeit auf dem Lehrfelde war unermüdlich, und seine Methode brachte jeden einigermaßen begabten Schüler fast unfehlbar auf eine gewisse Stufe der Virtuosität. Alle guten Pianisten der Kullak'schen Schule haben eine sehr ausgebildete sichere und glänzende Technik, glatten, klaren, wohlfliegenden Anschlag und eleganten, auch feurigen Vortrag. Für moderne Richtung und für die technische Grundlage des Konzertspiels war die Kullak'sche Schule entschieden die beste in Deutschland. Auch als Komponist hatte Kullak bedeutende und verdiente Erfolge zu verzeichnen. Einige seiner kleineren Salonspiecen sind als Perlen der Gattung zu bezeichnen und werden ihren Wert als solche behalten. Seine Studienverte, namentlich die Schule des Ostenspiels, sind vorzüglich und gehören zu dem Besten, was in dieser Richtung erzeugt wurde. Kullak zählte zu den angesehensten künstlerischen Persönlichkeiten Berlins. Er war lange Jahre Vorsitzender des Berliner Tonkunstvereins (1844 mit Sommer und Küller); Ehrenpräsident des in jüngster Zeit entstandenen Vereins der Lehrer und Lehrerinnen; von der Universität Greifswald hatte er den Doktorstitel erhalten und war Ritter mehrerer Orden. Sein Gesundheitszustand zeigte sich bis vor Kurzem durchaus nicht besorgt erregend. Er litt an einer chronischen Augenlindererentzündung, die aber seiner sonstigen geistigen und physischen Thätigkeit nicht Eintritt zu thun schien. Wir erinnern uns, ihm noch vor nicht langer Zeit begegnet zu sein; weder sein Gespräch noch seine Haltung ließ ein tief wurzelndes Uebel ahnen. Auch war im Allgemeinen nicht bekannt, daß er gefährlich erkrankt sei. Die ihm nicht ganz nahe Stehenden mußten also von der Nachricht von seinem Tode im höchsten Grade überrascht werden, und wir können nur wiederholen, was wir zu Anfang gesagt haben, daß die Musikwelt Berlins einen sehr großen Verlust erlitten hat. Mit ihm geht die eigentliche Berliner Klaviervirtuosen-Schule, die wir oben gekennzeichnet haben, zu Grabe. Er hatte sie gegründet und durch sein persönliches, ganz ausgezeichnetes Leibtalent zu großer Bedeutung gebracht. Und einem Manne, der so viele glänzende und auch sehr geachtete Künstler und Virtuosen herangebildet hat, dari einen ehrenden Platz in der Musikgeschichte nicht bestritten werden. H. Chr. (Berl. Tagebl.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, den 2. März.

— [Über die bis jetzt stattgehabten Unterhandlungen zwischen Dr. Schröder und der Kurie] wird dem „Kur. Pogn.“ aus angeblich „guter“ Quelle aus Berlin Folgendes mitgetheilt: „Dr. Schröder verlangte, daß der h. Stuhl eine bestimmte Stellung zu dem bekannten Regierungsprojekt nehme. Darauf wurde dem Dr. Schröder erwidert, daß Rom eine solche Stellung nicht einnehmen könne, daß es dies vielmehr erst dann werde thun können, wenn das Schicksal des Projektes entschieden ist und ein bestimmtes Gesetz daraus hervorgegangen sei. Wenn der Reichskanzler sich vorher hinsichtlich des kirchenpolitischen Projektes mit dem h. Stuhle verständigt hätte, so hätte er mit Bestimmtheit auf die Unterstützung Rom's rechnen können; jetzt werde eine Verständigung in diesem Punkte erst dann angebahnt werden können, wenn das Projekt statt der jetzigen nebelhaften Formen die bestimmte Gestalt eines Gesetzes angenommen haben werde. — Das es dem „Kur. Pogn.“ hier nur darum zu thun ist, den Gang nach Canossa anzupreisen, den auch die Polen nach seiner Meinung fördern zu helfen berufen sind, geht aus nachstehenden Worten dieses polnisch-clericalen Blattes hervor: „Wenn der Kampf noch einmal von Neuem aufgenommen werden sollte, wir Polen könnten in diesem Prinzipienstreite unsere Stellung nicht ändern. Vielleicht wird es aber zu einer wiederholten Inszenierung des Kulturmärktes nicht kommen; es ist das vielleicht die leichte Anstrengung des Reichskanzlers, welcher, nachdem er die Erfolglosigkeit des Kampfes eingesehen hat, einen andern Ton anschlagen wird, wie er dies immer zu thun pflegte, wenn er auf einen entschiedenen Gegner stieß.“

r. Der Geh. Kommerzienrat B. Jaffe ist am Dienstag nach Berlin gereist, um an den Ausschreibungen des Volkswirtschaftsraths teilzunehmen; das zweite Mitglied des Volkswirtschaftsrats aus unserer Stadt, Tischlermeister Wittmann, wird sich voraussichtlich in der nächsten Woche dorthin begeben, um sich an den Plenariersitzungen zu beteiligen.

Der Archiv-Hilfsarbeiter Dr. Baer bei dem Staatsarchiv in Posen ist zum Archiv-Assistenten ernannt worden.

* Schwurgericht. Bei der am 6. d. Mts. unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Schellbach beginnenden Schwurgerichtsitzung kamen folgende Sachen zur Verhandlung: Montag, den 6. März gegen den Böttcher Vincent Włodarski und dessen Cheffrau Theophila aus Rogasen wegen Raubes und Diebstahls (Vertheidiger Rechtsanwälte Lehr und v. Glebocki). Dienstag, den 7. März gegen den Müller Michael Krüger aus Neila wegen vorläufiger Brandstiftung (Vertheidiger Rechtsanwalt Bischke). Mittwoch, den 8. März gegen den Schneidermeister Louis Löwenthal und den Handelsmann Lippmann Casparius aus Samter wegen wissenschaftlichen Meineides resp. Beihilfe dazu (Vertheidiger Rechtsanwalt Salz und Justizrat Müsel) und gegen den Tagelöhner Martin Rabst aus Parowko wegen Diebstahls, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Bedrohung (Vertheidiger Referendar Gebhardt). Donnerstag, den 9. März gegen den Wirth Peter Sobieraj aus Niemir, wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit (Vertheidiger Rechtsanwalt Raschinski) und gegen den Arbeiter Johann Cegiolla und Tagelöhner Joseph Wieczyref aus Fabianowo wegen Rothzucht (Vertheidiger Justizrat Pilet und Rechtsanwalt v. Jazdzewski). Freitag, den 10. März gegen den Pferdeherrn Valentin Brachiszewski ohne Domizil, die Handarbeiter Woyciech Ratajczak und Woyciech Pofornowski ohne Domizil wegen schweren Diebstahls, Raubes resp. Beihilfe dazu (Vertheidiger Justizrat Tichuske, Rechtsanwalt Schottländer und Referendar Conrad). Sonnabend, den 11. März gegen den Wirth Andreas Bernaczyk aus Doviewiec wegen vorläufiger Brandstiftung (Vertheidiger Rechtsanwalt Fable) und gegen den Schuhmacher Anton Jenner aus Karaczewo wegen Unterschlagung und Urkundensälfung (Vertheidiger Justizrat Müsel). Montag, den 13. Dienstag, den 14. und Mittwoch, den 15. März gegen den früheren Wirthschaftsbeamten Oswald Prostek z. B. im Zuchthause in Rawitsch wegen Mordes (Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Lewinski). Mittwoch, den 15. März gegen den Arbeiter Johann Perz aus Pachlowo wegen Rothzucht (Vertheidiger Justizrat Klemme). Donnerstag, den 16. März gegen den Arbeiter Wawrzyn Ciechowski aus Bolesławowko wegen vorläufiger Brandstiftung (Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Lewinski) und gegen den Arbeiter Michael Nikodem aus Schrotthaus wegen wissenschaftlichen Meineides (Vertheidiger Rechtsanwalt Fable). Freitag, den 17. März gegen den Arbeiter Franz Trojanek von hier wegen Urkundensälfung (Vertheidiger Referendar Szilard) und gegen den Tagelöhner Simon Oyszek aus Kurnik wegen Raubmordes (Vertheidiger Rechtsanwalt Salomon). Sonnabend, den 18. März gegen den Stellmachermeister Martin Gielba alias Gieldzonski von hier wegen vorläufiger Brandstiftung (Vertheidiger Rechtsanwalt Schottländer).

1. In der Versammlung der Delegirten polnischer landwirtschaftlicher Vereine, welche gestern hier stattfand, waren Vormittags ca. 300 polnische Bauern aus der Provinz eingetroffen. Abends wohnten viele derselben im polnischen Theater der Aufführung des polnisch-patriotischen Stükkes „Die Belagerung von Czestochau“ bei. Da der zweite Rang und die Gallerie nicht alle zu fassen vermochten, so waren den Bauern auch die Logen, soweit sie nicht anderweitig befehlt waren, eingeräumt worden. Natürlich rief die Aufführung den lebhaften Beifall der ländlichen Zuschauer hervor.

— Die Delegirtenversammlung der polnischen Russalkvereine fand gestern Nachmittag im Bazarale statt. In seiner Eröffnungsrede flagte der Patron der Russalkvereine, Rittergutsbesitzer v. Jackowski-Pomarancze, über die Gleichgültigkeit, welche die Mitglieder der Vereine in Bezug auf die Theilnahme an den Lokalversammlungen an den Tag legen. Ferner tadelte der Patron die Saunseligkeit, welche sich bei den polnischen Bauern hinsichtlich des Versicherungswesens, besonders hinsichtlich der Feuerversicherung immer noch zeigt. Von den 5000 Mitgliedern, welche den 136 Vereinen angehören, sind nur 218 Bauern gegen Feuerschäden versichert. Als die billigste und die meisten Vortheile gewährende Feuerversicherungs-Gesellschaft empfiehlt Redner die „Magdeburgische Feuerversicherungs-Gesellschaft“ und fordert die Mitglieder zu Kollektiv-Versicherungen auf, da hierdurch den Vereinen Gelegenheit geboten werde, einen Vereinfonds aus den von der Versicherungsgesellschaft gewährten Bonifikationen anzusammeln. — Als eine erfreuliche Ercheinung bezeichnet es Herr v. Jackowski, daß infolge einer rationelleren Bewirthschaftung der bäuerlichen Grundstücke die Ernten ergiebiger und der Viehstand besser geworden seien. Daß der Viehstand zahlreicher geworden sei, gebe auch daraus hervor, daß die Mitglieder im vergangenen Jahre an fünftlichem Dünger 1045 Tr. weniger gekauft haben als im Jahre 1880. — Für ein gutes Zeichen wird es auch erklärt, daß die Bienenzucht von Jahr zu Jahr im Lande sichtliche Fortschritte macht. — Die Besprechungen der Versammlung erstreckten sich auf Gegenstände allgemeiner Natur; Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es sei hier gleichzeitig bemerkt, daß die Besprechung über die Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Getreides in der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins wegen Mangel an Zeit für die nächste Generalversammlung vertagt werden mußte.

— Der polnische Asylverein in Berlin hat seinen fünften Jahresbericht veröffentlicht, dem wir Folgendes entnehmen: Der Verein ist nicht nur eine Institution für die Polen in Berlin, sondern wird als eine nationale Institution betrachtet, welcher, wie der Jahresbericht besagt, auch die südlichen Behörden von Berlin ihre Anerkennung zollen. Der Verein zählte am Schlüsse des jetzt verflossenen Jahres 86 Mitglieder; außerdem wird derselbe vom Verein polnischer Studenten, vom polnischen Industrieverein, vom polnisch-katholischen Verein und vom Polinnenverein (sämtlich zu Berlin), sowie von dem polnischen Handwerkerverein zu Posen und den Industrievereinen zu Dresden, Gnesen und Kosten unterstützt. Es wurden im vergangenen Jahre durch den Asylverein 262 Polen und 14 Czechen, leichter auf Kosten des tschechisch-slawischen Vereins, unterstützt. Es wurden 693 Nachtquartiere, 691 Portionen Frühstück, 476 Portionen Mittagessen in der Volksschule und 508 Portionen Abendbrot verabfolgt. In die Heimath wurden 9 männliche und 3 weibliche Personen geschickt. Weibliche Personen wurden 8 während des Jahres 1881 unterstützt. Außerdem wurde jeder Unterstützungsempfänger mit Kleidung und Schuhwerk versehen, welche Gegenstände dem Verein zu diesem Zweck meistens geschenkt worden waren. Nach dem Statut werden durch den Verein nur reisende Polen, besonders Handarbeiter, die Arbeit suchen oder sich in ihrem Fach vervollkommen wollen, unterstützt. Aufgabe des Vereins ist es auch, diesen Handwerkern Arbeit zu verschaffen. In die Heimath werden nur alte und franke, sowie auch weibliche Personen, denen es an Reisegepäck fehlt, befördert. Die Einnahmen des Vereins betragen im vergangenen Jahre 1274 M., die Ausgaben 948 M. Von dem Bestande wurden 150 M. zinsbar angelegt und als erster Betrag für die Bildung eines eisernen Fonds bestimmt. Am 15. v. M. beging der Verein sein fünftes Stiftungsfest, bei welcher Gelegenheit der Bischof Prinz Radomir im St. Hedwigskloster, Hamburgerstraße 10, einen solennen Gottesdienst mit Predigt hielt. Nach dem Gottesdienste wurde das neu gemietete Vereinslokal in dem Hause Kl. Andreaskirche 4 eingeweiht. Am Abende desselben Tages versammelten sich die Mitglieder zu einem gemeinschaftlichen Abendbrote, bei welchem, wie dies bei den Polen sonst an Weihnachten üblich ist, die Oblate getheilt wurde; ebenso wurde Posener Brot und Salz aus Wielicza vertheilt.

— Gutsverkauf. Das Landgut Lawica bei Posen, bis jetzt dem Herrn Rudolph Dohne gehörig, ist durch Vermittelung des Herrn J. Bergas in den Besitz des Herrn Otto Klemmchen übergegangen.

r. Von den Geschwistern Kratochwill ist nunmehr, nachdem bereits über das Vermögen von drei Brüdern das Konkursverfahren eröffnet worden, auch die Witwe U. m. b. r. e. i. geb. Kratochwill, Besitzerin der W. i. e. r. b. o. c. M. ü. h. l. e. bei Posen, welche mit Dampf und Wasser betrieben wird, in Vermögensverfall gerathen; über das Vermögen derselben ist unter dem 1. d. M. gleichfalls das Konkursverfahren eröffnet worden. Der einzige der Brüder, welcher gegenwärtig sich noch hält, ist der Besitzer der Johannesmühle bei Posen.

r. Die Berliner Thorwache wird gegenwärtig durch eine anbringende eiserne Barriere von der Fußgänger-Passage getrennt.

r. Verhaftet wurde gestern Nachmittags ein Rollstücker, weil er der wiederholten Auflösung eines Schutzmanns, mit seinem Wagen sich auf der rechten Seite des Straßendamms zu halten, keine Folge leistete und den Beamten noch außerdem verhöhnte; nach seiner verantwortlichen Vernehmung wurde er jedoch wieder entlassen. — Verhaftet wurden gestern Abends zwischen 9—10 Uhr auf der Breslauerstraße zwei Arbeiter wegen einer Schlägerei, bei der sie scharfe Instrumente angewendet hatten.

r. Diebstähle. Verhaftet wurde gestern Mittags durch einen Schutzmann ein junger Arbeiter, welcher auf der St. Martinsstraße von einem Wagen drei leere Säcke gestohlen hat. — Verhaftet wurde gestern Abends ein Arbeitsbursche, weil er einem Kaufmann auf der Waffstraße aus unverschlossenem Keller eine Waschwanne im Werthe von 5 M. entwendet hatte. — Einem Knaben von hier wurde gestern Nachmittags von einem Arbeiter auf der Brombergerstraße eine große Blechlampe mit Petroleum abgenommen, welche der Knabe bei einem Kaufmann verkaufen wollte; der Arbeiter hat dieselbe, als mutmaßlich gestohlen, der Polizei abgeliefert. — Einem Wirth aus Mikrowino ist gestern Abend unter dem Berliner Thore durch mehrere Personen von seinem Wagen ein Paket Leinwand im Werthe von 12 M. und ein Brod gestohlen worden; die Diebe ergriffen, als der Diebstahl bemerkte wurde, die Flucht und warfen das Paket Leinwand von sich; einer derselben wurde ergriffen und verhaftet. — An den Kellern eines Hauses auf der Halbdorfstraße waren in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März drei Schlösser erbrochen worden; doch waren die Diebe offenbar gestört worden und hatten das Weite gesucht. Gestern Abends nach 10 Uhr wurden nun drei Mädchen im Alter von 13 bis 14 Jahren verhaftet, welche sich dort eingeschlichen hatten. — Am 1. d. Mts. Mittags wurde einem Handelsmann aus dem Kreise Bunzlau am Alten Markt eine Futtertröhre vom Wagen gestohlen; doch wurde dieselbe von dem Handelsmann dem Diebe, welcher sie von sich wußt, wieder abgejagt.

△ Aus dem Kreise Buk, 1. März. [Sekundärbahnen Grätz-Opalenica. Lehrerstellen. Viehkrankheit.] Wie schon früher mitgetheilt, ist es mehrfach vorgekommen, daß auf der neuen Sekundärbahn Grätz-Opalenica dadurch Betriebsstörungen theils verhindert, theils wirklich veranlaßt sind, daß Steine auf die Eisenbahnschienen gelegt wurden, um ein Entgleisen des Zuges herbeizuführen. An diesen Störungen sind meistens Kinder, theilweise auch Erwachsene betheiligt gewesen. Der Staatsanwalt zu Weseritz nimmt hieraus Veranlassung, in einer Bekanntmachung die um die gedachte Bahnstrecke wohnende Bevölkerung dringend zu vermahnen, solche Störungen zu unterlassen, sowie dafür zu sorgen, daß Kinder derartigen Unfug nicht verüben. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch § 315 wird derjenige, welcher vorzüglich Eisenbahnanlagen beschädigt, oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gelegt wird, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. — Die zweite Lehrerstelle an der Simultanschule zu Dottorow, mit welcher ein Einkommen von 900 M. Gehalt, 90 M. Feuerungszaufzug und 120 M. Wohnungsentzündigung verbunden, ist zum 1. April d. J. erledigt und soll durch einen Bewerber evang. Konfession besetzt werden. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. Die Lehrerstelle an der evangelischen Schule zu Snowitzow ist dem Lehrer Schmid zu Schwarzbautland, und die Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Dobierzow dem Lehrer Namysl in Büt übertragen worden. — Die Lungenreude unter dem Kindreich auf dem Dominium Sliwno ist erloschen und die polizeilich angeordnete Sperrre aufgehoben.

○ Schwerin a. B., 1. März. [Gegen das Betteln und wessen.] Der hiesige Magistrat hat beschlossen, vom 1. April d. J. ab den durchsiedenden Handwerkern z. keine Reiseunterstützung mehr aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, da es nach den im Magistratsbüro geführten statistischen Notizen fast den Anschein hat, als ob die bisher gewährte Reise-Unterstützung immer mehr und mehr Bagabonden nach hier zieht, welche selbstverständlich sich nicht mit der Reise-Unterstützung genügen lassen, sondern in hellen Häusern von Haus zu Haus betteln. Um dem Betteln zu steuern, ist ein besonderer Beamter mit der Straßen-Kontrolle nach dieser Richtung beauftragt worden.

M. Tremesien, 28. Februar. [Kreistag. Stadtvorordnung und Gewerbe.] Die Stände des Kreises Mogilno faßten auf dem heutigen Kreistage folgende Beschlüsse. Es wurden einstimmig gewählt: a) Zu Mitgliedern der gemäß des § 60 des Armengegesetzes vom 8. März 1871 zu bildenden Kommission auf die Zeit vom 1. April 1882 bis dahin 1885: die Rittergutsbesitzer Rozanowski-Padniewo und Matthes-Włodziny, zum Vorsitzenden der Kommission Rechtsanwalt Tonn-Tremesien. b) Zu Mitgliedern der Kreis-Sparfassen-Deputation: die Rittergutsbesitzer v. Kortnowski-Grochowiska und Guischa-Szydlowo und Kreis-Steuer-Ernährer Freitag-Mogilno; als Stellvertreter: die Rittergutsbesitzer Rozanowski-Padniewo

und v. Tschepe-Broniewice. c) Zu Vertrauenmännern des Ausschusses beim Amtsgericht Mogilno: die Rittergutsbesitzer v. Tschepe-Broniewice, Rozanowski-Padniewo, Kientier C. Matthes-Zabno, Grundbesitzer Janowskij-Mogilno, Posthalter Castner-Mogilno, Schule Arndt-Kaisersfelde; zu Vertrauenmännern des Ausschusses beim Amtsgericht Tremesien: Kanglei-Direktor Richter-Tremesien, Rittergutsbesitzer Guischa-Szydlowo, Gauwirth Smuzinski-Gembis, Rüblenbesitzer Tschierse-Rogow, die Gutsbesitzer Portasiewicz-Szydlowo II. v. Garzyński-Goszciszin und Karow-Jerzykowo. d) Zu Mitgliedern der Klassensteuer-Nellamations-Kommission: Gauwirth Smuzinski-Gembis, Grundbesitzer Janowskij-Mogilno, Schule Arndt-Kaisersfelde, Maurermeister Altawasser-Palisch, Gutsbesitzer Morgenstern-Puszko, Kanglei-Direktor Richter-Tremesien, Grundbesitzer Krüger-Falckenhain. e) Zu Mitgliedern der Einkommensteuer-Einführungskommission: v. Kortnowski-Grochowiska, Rozanowski-Padniewo und Guischa-Szydlowo. Der Kreis-Kommunal-Etat pro 1882/83 wird dem Entwurf des Kreis-Ausschusses vom 11. Februar gemäß auf 89,650 M. in Einnahme und Ausgabe abschließend festgestellt. — In der hier gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Versammlung wurde der bereits seit ca. 20 Jahren als Magistratsmitglied fungirende Kanglei-Direktor Richter für die geistliche Amtsduer in gleicher Eigenschaft wiedergewählt. Das von dem verstorbenen Rentier Schwanke der Stadt hinterlassene Legat von 3000 M., von dem die Söhne jährlich zweimal, und zwar am 1. Juli und am Sterbetag des Testators, an Ortsteile ohne Unterschied der Konfession vertheilt werden sollen, akzeptierte die Versammlung und ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Söhnen. Hierbei sei erwähnt, daß der Verstorbene auch der evangelischen Kirche und Schule je 1500 Mark vermacht hat. — Die Leiche des vor einigen Wochen im Wilatower See ertrunkenen Stellmachermeister Haake ist gefunden und hierher gebracht worden. Die Beerdigung hat unter großer Beteiligung des Publikums stattgefunden.

+ Strzelkowo, 1. März. [Selbstmord. Futterpreise. Auswanderung. Viehkontrolle.] Am gestrigen Tage bat sich der Grenzaufseher Schüler aus Galezewo-Kolonne auf seinem Pastroullengange nach Chwalibogowo bei einer Brücke mit einem Revolver erschossen. Derselbe hinterläßt eine Frau nebst 2 unerzeugten Kindern. Welches die Ursache zu dieser unseligen That gewesen ist, darüber verlautet bis jetzt nichts Bestimmtes. Der Leichnam wurde von dem Briefboten Henke aus Sokolniki unter der Brücke aufgefunden. — In Folge der ungünstigen Ernte des vergangenen Jahres sind, da allgemein über Futtermangel gesagt wird, die Preise für Stroh und Heu bedeutend gestiegen. Während man im vergangenen Jahre um zeitige Zeit in der nahen russisch-polnischen Stadt Słupce für ein Schaf Stroh 12 bis 13 Rubel bezahlt, muß man gegenwärtig gegen 20 Rubel dafür geben. Fast in gleicher Weise sind auch die Heupreise in die Höhe gegangen. — Die Auswanderung nach Amerika aus hiesiger Gegend scheint in diesem Jahre noch bedeutend größere Dimensionen anzunehmen als in vergangenen, denn viele Einwohner sind bereits aus den umliegenden Ortschaften abgereist und noch mehrere rüsten sich zur Auswanderung nach Amerika. — In den meisten Fällen werden die Leute durch Verwandte, welche vor Jahren Europa den Rücken gefehlt hatten, zur Auswanderung bewogen. — Die von dem Grenzgendarmer Baller in Berniki ausgeübte Viehkontrolle über den Viehrevolutions-Kreis Nr. 44 bestehend aus den Ortschaften Antonin, Chwalowo und Komorze, ist, da derselbe vom Dienst suspendiert worden ist, dem berittenen Gendarmer Broch in Berkom übertragen. Die Ausstellung der Ursprungsatteste dagegen dem stellvertretenden Distrikts-Kommissarius Busse zu Berkom.

00. Aus dem Kreise Mogilno, 28. Febr. [Feuer.] In der vergangenen Nacht brannten in der Stadt Gembis von dem, dem Ackerbürger und Schmiedemeister Rathke gehörigen Gehöste eine Scheune und ein Stall ab. Die mitverbrennten Getreide- und Futter-Rösser sind versichert gerettet. Über die Entstehungsart des Feuers ist bisher nichts bekannt geworden.

○ Czarnikow, 28. Februar. [Bauliches. Sängersfest. Erfroren. Urnenfund. Marktpreise.] Am 21. d. Mts. tagte hierbst unter Beisein des Konsistorialraths Dr. Tschirn aus Posen eine Sammlung des Kirchenrats und der Gemeindevertreter der Parochie Czarnikow geborenen Gemeinden, um über die an der hiesigen evangelischen Kirche vorzunehmenden baulichen Veränderungen zu berathen. Es hat sich im Laufe der Zeit das Bedürfnis einer Vergrößerung der Kirche herausgestellt und da in diesem Jahre mit dem Aufbau eines Thurmes begonnen werden wird, so wurde häufig die Frage ventilirt, ob es nicht ratsam erscheine, mit dem Thurmbau den Erweiterungsbau der Kirche zu verbinden. Die Versammlung beschloß, da gegenwärtig die nahe liegenden Ziegeliereien bereits zu sehr in Anspruch genommen sind und des Baumaterial deshalb im Preis sehr gestiegen ist, den Erweiterungsbau erst im nächsten Jahre vorzunehmen. — Der hiesige Männergesangsverein beschloß in seiner am 20. d. M. abgehaltenen Generalversammlung die Veranstaltung eines Sängerfestes. Dasselbe soll im Monat Juli stattfinden und werden in demselben 15 Vereine der umliegenden und nicht zu weit von hier entfernten Städte Einladungen erhalten. Die Kosten dieses Festes sind auf 400 bis 500 Mark veranschlagt. — In voriger Woche erfor an der Landstraße die Einliegerfrau B. aus Hammer, welche, wie die neben ihr vorgefundene halbgelerte Flasche zeigte, des Guten zu viel getrunken hatte. — Beim Graben eines Brunnens auf dem Schützenhaus-Etablissement stießen Arbeiter auf eine Menge Urnen, welche sich aber sehr morsch zeigten und beim Ausheben zumeist ledig wurden. — Nach der von Seiten des hiesigen Landratsamts gegebenen Zusammenstellung der Durchschnitts-Marktpreise in unserer Stadt pro Januar d. J. zahlte man für 10 Kilogramm Weizen 16,75—18,25 Mark, für Roggen 14,25—16,25 M., für Gerste 13,00—15,34 M., für Hafer 13—15,25 M., für Erbsen zum Kochen 17,75 M., Speisephonen (weiße) 19,25 M., Kartoffeln 3,50 M. und für Rübstroh und Heu 5,50 M. Zu Markt gebracht wurden im Ganzen 200 Rgr. Weizen, 1500 Rgr. Roggen, 1600 Rgr. Gerste und 800 Rgr. Hafer.

○ Schneidemühl, 28. Februar. [Abiturienten-Prüfung. Wahlen.] Gestern fand in dem hiesigen Gymnasium unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Tschirn aus Posen das mündliche Exam. der Abiturienten statt. Es waren zu derselben vier Oberprimaier zugelassen worden und wurde sämtlichen Examinierten das Zeugnis der Reife ausgestellt. Ein Extraner, welcher sich den schriftlichen Prüfungsarbeiten betheiligt hatte, trat vor der mündlichen Prüfung zurück. — Die hiesige westpreußische Landshof-Direktion hatte befuß Wahl zweier Landschafts-Deputierte für den landschaftlich deutsch-schönischen Kreis an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Zichlinski-Marienfeld und des zum Landschaftsrath gewählten Rittergutsbesitzers v. Betsch-Garnfauer-Hammer zu Deutsch-Krone einen Kreistag anberaumt, welcher am 22. d. Mts. derselbst stattfand. Gewählt wurden Rittergutsbesitzer Schröder-Stranz und Gutsbesitzer F. Günther-Emilenthal.

+ Pleschen, 28. Februar. [Theater- und Konzertauführung. Wegabau. Einschäzung der Einkommensteuer.] Am 19. d. Mts. veranstaltete die hiesige freiwillige Feuerwehr eine Theater- und Konzertauführung unter gefälliger Mitwirkung des Pianisten Nowacki und des Violinisten Jahnke. Aufgeführt wurde „Ramsel Übermuth“. Posse in 1 Akt von A. Bahn, und „P

Beratung über die in diesem Jahre im diesseitigen Kreise auszuführenden Begebauten und Reparaturen zusammen. — Am 8. März cr. findet im Bureau des Landratsamtes hier selbst die Einschätzung der Einkommensteuerpflichtigen des diesseitigen Kreises für das Jahr 1882/83 statt.

Staats- und Volkswirthschaft.

V. Bekämpfung der Kinderpest. Professor Klebs in Prag, kann durch seine beachtenswerten Untersuchungen über die Ursachen der epidemischen Thierkrankheiten, stellt folgende Grundsätze der Behandlung der Thiere nach Ausbruch der Kinderpest auf: 1. Strengste Stallsperr; 2. tägliche thierärztliche Visitation; 3. Tötung der von der Seuche zuerst ergriffenen Thiere und Desinfektion; 4. Überprüfung der gesunden, in demselben Stall befindlichen Thiere in Quarantäne (als Zeitraum für die Quarantäne genügen 8 Tage); 5. sorgfältige Entfernung und Unzähldichmachung der Extremente, sowie Desinfektion des Stallbodens durch Karbolsäure; 6. nach Erlöschen der Seuche gründliche Desinfektion der Ställe durch Abkochen der Wände und Anstrich mit Karbolsalz, ferner Aufreihen des Bodens und Ausschüttung des Raumes.

** Augsburg, 1. März. [Gewinnziehung der Augsburger 7-J. Loozel] 8000 fl. Nr. 33 Ser. 1029, je 600 fl. Nr. 81 S. 1029, N. 26 S. 1032, je 100 fl. N. 59 S. 429, N. 81 S. 429, N. 54 S. 430, N. 87 S. 515, N. 28 S. 882, je 50 fl. N. 46 S. 271, N. 63 S. 430, N. 89 S. 430, N. 98 S. 515, N. 7 S. 935, N. 66 S. 935, N. 12 S. 1297, N. 16 S. 1297, N. 94 S. 1297, N. 45 S. 2011, je 40 fl. N. 43 S. 38, N. 33 S. 105, N. 84 S. 105, N. 47 S. 515, N. 84 S. 518, N. 4 S. 584, N. 60 S. 745, N. 65 S. 745, N. 81 S. 882, N. 100 S. 1032, je 30 fl. N. 78 S. 105, N. 96 S. 105, N. 98 S. 105, N. 13 S. 204, N. 44 S. 204, N. 82 S. 271, N. 87 S. 271, N. 5 S. 429, N. 31 S. 429, N. 56 S. 429, N. 76 S. 429, N. 31 S. 430, N. 66 S. 430, N. 70 S. 430, N. 79 S. 430, N. 6 S. 515, N. 27 S. 515, N. 28 S. 515, N. 45 S. 515, N. 53 S. 515, N. 85 S. 515, N. 54 S. 584, N. 81 S. 584, N. 27 S. 745, N. 91 S. 745, N. 49 S. 876, N. 86 S. 876, N. 100 S. 876, N. 65 S. 882, N. 97 S. 882, N. 1 S. 935, N. 9 S. 935, N. 18 S. 935, N. 24 S. 935, N. 58 S. 935, N. 61 S. 935, N. 75 S. 935, N. 9 S. 1029, N. 1 S. 1032, N. 33 S. 1032, N. 61 S. 1032, N. 25 S. 1164, N. 31 S. 1164, N. 47 S. 1164, N. 48 S. 1164, N. 38 S. 1271, N. 100 S. 1271, N. 50 S. 1297, N. 84 S. 1297 N. 11 S. 2011, N. 91 S. 2011.

** Wien, 26. Februar. Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 23. Februar.*)

Notenumlauf	335,200,000 Abn.	7,900,000 fl.
Metallschäls in Silber	121,100,000 Abn.	3,600,000 "
do. in Gold	68,100,000 Abn.	1,000,00 "
In Gold zahlb. Wechsel	11,300,000 Zun.	1,200,00 "
Portefeuille	119,900,000 Abn.	800,000 "
Lombard	19,800,000 Abn.	200,000 "
Hypotheken-Dahrlebne	94,600,000 unverändert	
Pfandbriefe im Umlauf	79,800,000 Zun.	100,000 "

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. Februar.

Bermischtes.

* Aus Göttingen, 27. Februar, meldet man: Heute früh sind die beiden Kinder des hiesigen Bankiers Fritz Beckmann, ein Knabe und ein Mädchen, im Alter von 5 bis 7 Jahren, in der Wohnung ihrer Eltern erschossen aufgefunden worden. Die Ursache dieser grauenvollen That sollen die gerüttelten Geschäftsvorhängte des Beckmann sein. — Unterm 28. wird gemeldet: Die Eheleute Beckmann, welche nach der Ermordung ihrer Kinder spurlos verschwunden waren, haben sich nicht, wie anfangs angenommen wurde, das Leben genommen, sondern sind, wie die „Hamb. Nachr.“ melden, in Folge des hinter ihnen erlassenen Steckbriefs heute in Hamburg angehalten und verhaftet worden. Beckmann war früher Prokurrenz der Göttinger Filiale der Thüringener Bank und etablierte dort ein eigenes, jedoch nur unbedeutendes Bankgeschäft, als die Thüringer Bank 1877 in Liquidation trat. Über die schreckliche That selbst macht die „Magd. Ztg.“ noch folgende Mitteilungen. Am Sonntag Abend 10 Uhr verließ Beckmann mit seiner Frau die Wohnung, indem er dem Dienstmädchen sagte, seine Frau habe Kopfschmerzen und er wolle mit ihr noch ein Stündchen promenieren. Da die Kinder schon schliefen, sollte das Mädchen zu Bett gehen. In der Nacht gegen 3 Uhr hörte das Mädchen, den ca. 7 Jahre alten Sohn des B. heftig weinen, konnte aber nicht zu den Kindern, da die Thür verschlossen war. Als am Montag Morgen B. und seine Frau noch nicht zurückgekehrt waren, wurden die Thüren gewaltsam geöffnet, und man fand beide Kinder, Sohn und Tochter, mit Schußwunden am Kopfe. Der Junge lebte noch und wurde nach dem Hospital getragen, wo er, bald nachdem der Verband angelegt war, starb.

* Wien, 28. Februar. Über die Exhumierung der Balogh, beabsichtigt Feststellung, ob dieselbe wirklich von Waclauer, wie er selbst angegeben, mit Blausäure im J. 1878 vergiftet worden sei, entnehmen wir der „Presse“ Folgendes:

Die Exhumierung der Leiche der Therese Balogh fand heute Morgens um 8 Uhr in Gegenwart der Gerichtskommission auf dem Centralfriedhof statt. Der Hügel jenes Theiles des Massengrabes, in dem sich diese „Nummer“ befand, war abgetragen und drei oder vier Grabkreuze, welche ausgenommen wurden, lagen unterdessen auf einem benachbarten Grabhügel. Um 8 Uhr begannen vier Arbeiter mit dem Ausschäulen der Grube. Gegen Ende der sonstigen Vorbereitung, wo in der Nacht vorgearbeitet wird, wurde dies Mal theils aus sanitären Gründen, theils weil es sich um einen gerichtlichen Fall handelte, die ganze Arbeit erst in Gegenwart der Kommission verrichtet. Die vier Friedhofsdienststellen schaukelten eifrig über eine Stunde darauf los, bis das zwei Meter tiefe Grab so weit blosgelegt wurde, daß man die Deckel dreier Särge erblicken konnte. Nun hielt es behutsam arbeiten, umso mehr, als einer der Bewohner unter den Bürgen der Arbeiter bereits bedenklich trachte. Die in der Grube stehenden Arbeiter warfen die Drahtreiser dreier Kräne heraus, welche auf dem Sarge der Balogh lagen, und erbrachten dann mit leichter Mühe den morichen Deckel des lichtbraunen Holzsarges. Der Deckel wurde herausgerichtet, um zu konstatiren, daß das an demselben befestigte Blechtafelchen wirklich die Nummer 151 trage. Die auf diese Weise blosgelegte Leiche bot einen schaurlichen Anblick. Der Kopf glich einem brauen Krummen und der übrige Körper bildete eine platte eingedrückte weiche Masse, die deutlich die Abdrücke des Sargdeckels zeigte. Man wollte nunmehr an die Desinfektion der Leiche schreiten, allein der Gerichtschemiker Professor Dr. Ludwig sprach sich dagegen aus, da eine solche Desinfektion seine Untersuchungsarbeiten fraglich mache. Der Sarg wurde nun herausgehoben und auf eine Tragbare gestellt, welche mitten auf dem breiten Gehwege stand. Während sich nun Professor Hoffmann an seine urheimliche Arbeit mache, hatte man Gelegenheit, die Leiche in der Nähe zu betrachten. Nur mit Mühe konnte man aus dieser plattgedrückten Masse eine menschliche Form herausfinden. Vom Gesichte war gar nichts sichtbar, da der ganze Kopf einen zusammengekrumpten brauen Knollen bildete; das dunkelblonde Haar war indeß noch gut erhalten und eine röhrlische Schleife in demselben beweisbar. Ebenso konnte man am Halse noch deutlich die geschlungene Borde eines weißen Hemdes wahnehmern. Am ganzen übrigen Körper war von Kleidungsstücken nichts zu erkennen, da sie mit einer sauchigen Masse verschmolzen waren. Professor Hoffmann öffnete nun den Körper und es zeigte sich das Fleisch teilweise noch ziemlich gut erhalten; man konnte wahrnehmen, daß die Balogh korporulent war. Von den inneren Theilen wurde nun das Zwischenfell, ein Theil

der Lunge und die Leberpartie herausgenommen; für den Laien war es freilich unmöglich, in den weiklichen formlosen Klumpen eine Unterscheidung machen zu können. Diese Partie, in welcher sich der Magen befinden mußte, wurde in ein besonderes Gefäß gelegt. Nachdem auf diese Weise die inneren Leichtheile zum Zwecke der näheren chemischen Untersuchung aus dem Kadaver genommen waren, wurde die Leiche umgewendet, was einen unsagbar gräßlichen Anblick bot. Auch am Rücken zeigte sich das Fleisch gut erhalten, nachdem die Hobelpäne, welche den Sarg ausfüllten und nun als dunkle Flecken an der Leiche bateten, beseitigt wurden. Nachdem auch aus dem Rücken einige Leichtheile herausgeschnitten waren, wurde die Leiche seitwärts geneigt und eine braune Saucce, welche denselben tropfenweise entfloß, in eine Schale gesammelt. Es geboren nicht eben schwache Nerven dazu, diese Probe mit anzusehen; der Geruch, welcher dem geöffneten Kadaver entströmte, war zeitweilig ein betäubender, doch machte sich der frische Morgenwind dadurch verdienstlich, daß er die mephitischen Dünste verwieh. Nunmehr war der erste Theil des Werkes, die Exhumierung der Leiche und die Entnahme der Leichtheile aus demselben, gethan. Letztere wurden ebenso wie die in den Sarg gedrungene Erde sorgfältig in Gläser verpackt, die Leiche dagegen — so gut es ging — in dem Sarge zurechtgelegt und der mehrfach geborstene Deckel darauf gesetzt und der ganze sehr reduzierte Sarg mit einem Niemen zusammengeknallt und in die Seicirhalle getragen, da der Leiche noch das ganze Beste entnommen wird. Aus diesem Grunde kam auch ein bei eingeschlossener neuer Holzsarg, in dem die Leiche umgebettet werden sollte, nicht zur Verwendung. Es kann übrigens nicht unerwähnt bleiben, daß die Sachverständigen mehr Material aufanden, als sich im Interesse ihrer Aufgabe empfahl. Man begegnete nämlich in der Brust und Bauchhöhle Theile, welche auch nach einer oberflächlichen Beurtheilung nicht zu dem gehörten, was einst Katharina Balogh war. So wurde insbesondere in der Brusthöhle ein Oberschenkel gefunden, der sicherlich nicht jener der Katharina Balogh gewesen ist; es scheint, daß nach der seinerzeitigen Abduttion fremde Leichenteile mit in den Sarg der Balogh gegeben und natürlich dann mit ihr bestattet wurden.

Nach der Vollendung der Exhumierung begab sich die Gerichtskommission in das Verwaltungsbau des Centralfriedhofs, wo über den ganzen Vorgang ein Protokoll aufgenommen wurde. Professor Ludwig nahm noch im Laufe des heutigen Tages eine chemische Untersuchung der Leichtheile und insbesondere des Magens vor, um zu konstatiren, ob Spuren von Blausäure vorhanden sind. Dann erst wurde Katharina Balogh wieder beigesetzt.

Ob die Erwartungen welche an die Exhumierung der Katharina Balogh geknüpft sind, sich erfüllen werden, ob das Geständnis des Ferdinand Waclauer in dem Grippe einen Zeugen finden wird, darüber ist heute ein Urteil nicht zulässig, das steht in der Ferne. Es wäre ein großer Triumph für die Wissenschaft, wenn das Gutachten der Sachverständigen sich mit dem Geständnis des Znaimer Infanteristen vorausgesetzt, daß dasselbe wahr ist, decken würde. Heute ist die Sache in demselben Stadium der Unklarheit, in dem sie sich vor dem befinden hat, und ob über diesen Punkt je Gewißheit herrschen wird, erscheint noch völlig zweifelhaft. Denn selbst, wenn es den Sachverständigen nicht gelingen sollte, in den zu untersuchenden Leichtheilen die Existenz von Blausäure nachzuweisen, ist es noch immer keineswegs ausgeschlossen, daß Katharina Balogh doch mittels Blausäure vergiftet wurde. Der Mageninhalt, dessen Untersuchung in diesem Falle hauptsächlich entscheidend wäre, ergibt natürlicherweise nicht mehr, und seine Prüfung hätte allein ein apodatisch zuverlässiges Resultat gebracht.

* Victor Hugo vollendete am 27. Februar sein achtigstes Lebensjahr. In der Comédie Française, in der Gaits und im Odeon wurden bei voller Häuser Geburtstagsfeiern veranstaltet. In der Comédie Française wurden statt der vorchriftsmäßigen Zahl von 1500 Zusätzlern zu Hernani 200 Begeisterzte zugelassen und der Poet-Prophet mit Leibrock empfangen. Am Schlusse des 5. Akts wurde der Vorhang nochmals gehoben und die Büste Hugo's von David d'Angers gezeigt und von Monet-Sully ein Lobgedicht gesprochen, im Gaits ein Festgedicht auf den Achtzigjährigen, im Odeon ein Gedicht auf die ganze Pleiade, die Hugo überlebte. Den ganzen Tag folgten in der Avenue Victor Hugo, Nr. 50, Vorbeikläne und Blumensträuße in Bergen. Gibson begrüßte „den großen Dichter“ im Namen der Republik; das Festkomitee brachte eine Bronze: den Moses Michel Angelos, dar. Parador, wie immer, begann Hugo seine Annahme der Huldigung mit dem Satze: „Ich nehme Ihr Geschenk an und ich erwarte noch ein viel größeres, das größte, das der Mensch erlangen kann, ich meine den Tod, den Tod, diesen Dank für das Gute, das man auf Erden gethan hat...“ Telegramme trafen aus allen Erdtheilen ein.

Offene Antwort!

Der Aufruf des allgemeinen Deutschen Schulvereins vom November v. J. ist im ungarischen Abgeordnetenhaus am 27. Januar d. J. Gegenstand einer lebhaften Erörterung geworden, welche uns veranlaßt grundhöher Verdächtigung und tendenziöler Entstellung unserer Ziele öffentlich entgegen zu treten.

Um die Leidenschaft der Massen gegen jene Männer aufzustacheln, welche in Ungarn und Siebenbürgen die historischen und gesetzlichen Rechte der deutschen Bevölkerung mit unerhörtem Freimuth vertheidigen, wurden die Unterzeichner jenes Aufrufs als irre geführte Oesterreichisch-sächsische Agitation hingestellt, welche sich in Unkenntnis der Thatsachen durch falsche Berichte hätten täuschen lassen.

Es ist unsere Pflicht entschiedene Verwahrung einzulegen gegen diesen Versuch die Selbstständigkeit unseres Vorgehens und unseres Urtheils in Frage zu stellen. Die öffentliche Meinung Deutschlands ist aus der Reserve, welche sie gegenüber den inneren Zuständen Ungarns nur allzu lange beobachtete, zuerst durch die bekannte Angelegenheit des deutschen Theaters in Pest aufgerüttelt worden, weil diese es zu allgemeiner Kenntnis brachte, wessen sich die deutsche Sprache und Kultur von der nationalen Unbildung der Magyaren zu versetzen haben. Die Urheber jener „Aufklärung“ sind nicht im Siebenbürgen der Arbeiterei, sondern in der Stadtvertretung von Budapest zu suchen.

Die Thatsachen, durch welche der deutsche Schulverein den Hülferschein zu Gunsten der Deutschen Ungarns und Siebenbürgens begründete, ergeben sich aus Altenstücken der ungarischen Regierung. Der Bericht des Ministeriums für Kultus und Unterricht über die Jahre 1879 bis 1881 liefert unter anderem den Beweis, daß die Zahl der Volksschulen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache in den Jahren 1869 bis 1880 um 365 abgenommen habe. In der Hauptstadt Budapest, welche nach der letzten offiziellen Zählung eine deutsche Bevölkerung von 121,000 Seelen zählt, ist die Zahl der Volksschulen mit magyarischer Unterrichtssprache von 14 auf 133 gestiegen, sind die rein deutschen Volksschulen völlig verschwunden und ist die Ziffer der magyarisch-deutschen von 28 auf 6 gesunken. — Thatsachen, deren Erwähnung im ungarischen Abgeordnetenhaus durch die Jurate: So ist's recht! fort mit ihnen! begleitet wurde, während jener amtliche Bericht ihnen den Zusatz widmet, daß das Publikum der Hauptstadt durch diesen Erfolg den Dank der Nation mit Recht verdient habe.

Der in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 6. Oktober 1881 vorgelegte Gesetzentwurf über den Gymnasial- und Realculunterricht (§. B. SS 39, 60 ff., 70 ff.) macht es jedem Unbefangenen zur traurigen Gewissheit, daß den noch in Siebenbürgen bestehenden deutschen Mittelschulen die weitere Lebensfähigkeit gewaltsam unterbunden und daß die Errichtung deutscher Mittelschulen theils auf gesetzlichem theils auf administrativem Wege unmöglich gemacht werden soll.

Den Vorwurf „fortwährende Unmehrheiten zu verbreiten“, wie ihn Herr Ministerpräsident Tisza gegen uns erhoben, können wir

sowohl als einen unbegründeten ablehnen, und zwar um so leichter, als nicht einmal der Versuch gemacht wurde eine einzige der von uns vorgebrachten Thatsachen zu widerlegen. Dagegen hat sich der Herr Ministerpräsident für berechtigt gehalten auf angebliche Zustände im Deutschen Reich hinzuweisen, mit welchen die ihrigen zu vertauschen die Siebenbürgen Sachsen ironisch aufgefordert wurden. Die Herren Magyaren messen mit ungemeinem Maß. Der von Privatpersonen ausgehende Aufruhr des deutschen Schulvereins zur Unterstützung deutscher Schulen wurde zu einem internationalen Verbrechen gegen den ungarischen Staat aufgebaut, dagegen begleitete stürmischer Jubel eine von höchster amtlicher Stelle ausgehende Bemerkung, welche auf vollständiger Verbesserung der Verhältnisse beruht und sich mit den Pflichten gegen eine befriedete Regierung kaum vereinigen läßt.

Will der Herr Ministerpräsident sich überzeugen, wie die deutsche Nation mit den Kolonisationen eines fremden Kulturvolks verhält, so kann er dies an der Behandlung der zahlreichen französischen Kolonien in unserem Vaterlande bemessen, an der Gewissenhaftigkeit, mit welcher unter Staats jede den Kolonisten gegebene Zuflucht treu erfüllt hat, an der zarten Rücksicht für Erhaltung und Förderung ihrer angestammten Sprache und Sitte, an der Schonung ihrer Autonomie in Kirche und Schule, ohne welche ein Kulturvolk inmitten fremder Nationalitäten und Bekenntnisse nicht zu gediehen vermag und neben welcher eine treue Erfüllung aller Unterpflanzpflichten wohl bestehen kann. Es ist dies unter allen politischen Systemen geschehen, am wenigsten aber vermögen wir den Beruf einer liberalen Staatsregierung in einer Nachgiebigkeit gegen Racenhas und gegen eine Racenüberhebung zu finden, welche inmitten zahlreicher, gleichberechtigter Nationalitäten die ungarische Staatsidee zu einem Racenmonopol machen möchte.

Der Herr Ministerpräsident hat es in Aussicht gestellt und für seine Pflicht erklärt, mittels der nächstern ausländischen Presse für die Aufklärung des Auslandes über die wahre Sachlage zu sorgen. Da man es von magyarischer Seite für passend hielt die Disposition über den Schulverein an das auf der Tagesordnung stehende Thema des Dispositionssonds anzutunpfen, so gestatten wir uns andererseits die deutsche Presse in Bezug auf Aufklärungen über den wahren Stand der Dinge in Ungarn zu äußerster Vorsicht und gewissenhaftester Prüfung aufzufordern.

Nichts liegt uns ferner als die uns untergeschobene Absicht feindselige Stimmung gegen das ungarische Staatswesen hervorzurufen. Ganz einverstanden mit dem Wahlspruch Tisza's: „Ungarn den Ungarn“ verstehen wir freilich unter den Ungarn nicht bloß den magyarischen Stamm und dünkt uns das ungarische Staatsgefühl wohl vereinbar mit treuem Festhalten an deutscher Sprache und deutschem Volkstum. Je mehr aber diese Wahrheit auf magyarischer Seite verkannt wird, je schulsofer der Deutsche in Ungarn und Siebenbürgen den Bedrängern seiner Sprache und Kultur preisgegeben ist, um so gerechterer Anspruch hat er auf die weltähnige Sympathie des ganzen deutschen Volkes.

Der allgemeine deutsche Schulverein hat es sich zur Aufgabe gestellt die deutsche Schule, wo immer sie außerhalb des deutschen Reiches der Hülfe bedarf, nach Kräften zu unterstützen. Daß ihm Ungarn ein besonders reiches Feld pflichtvoller Thätigkeit darbietet, wird von Niemand mehr als den Unterzeichnern bedauert, welche sich wohl bewußt sind, daß Friede und Gesittung unseres Urtheils zu erheblichem Theile auf dem redlichen Zusammenwirken des deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie beruhen, daß aber auch der Verstand von Ungarn am besten gesichert ist, wenn der herrschende Stamm gegen die Witbürger anderer Nationalität die schwer vermittelte Gerechtigkeit übt.

Der Deutsche Schulverein.

Prof. Dr. L. R. Legge, F. Arndt, Dr. Bach, Direktor der Falt-Realschule. Prof. G. Bleibtreu, Historienmaler. Geh. Rath Prof. Benrich. Prof. Dr. Bolze, Direktor der Andreas-Realschule. Georg v. Bunsen. Prof. v. Cuny. Prof. Dr. E. C. Dr. Gneist. Abgeordneter. Prof. Goldschmidt. Prof. Herm. Grimm. Freiherr Prof. v. Goltz. Heinrich Hardt. Prof. Dr. Hartmann. J. L. Heese, Kommerz-Rath. Geh. Reg.-Rath Prof. Hofmann. A. W. Hofmann. Friedr. Kapp. Prof. Dr. Kiepert. Prof. Dr. Kleinert. Prof. Mommsen. Geh. Rath Prof. Müllenhoff. Prof. Otto Pfeiderer. Prof. Dr. Sachau. Prof. Scherer. Prof. Dr. Johannes Schmidt. Geh. Rath Prof. Strzelecka. Prof. Dr. Tobler. Prof. Dr. v. Treitschke. Prof. Websky. Prof. Weizsäcker. Prof. Dr. E. Zeller. Amtsrichter Dilthey. Aachen. Dr. E. Kluge, Altona. Geh. Rath Prof. Dr. W. Nasse. Bonn. Prof. Dr. Sachau. Brandenburg a. H. Prof. Dr. Nöpke. Breslau. Schuldirektor Mechner. Burgtädt. Direktor Dr. Edelmann. Oberamtmann W. Haape, Eberbach. Prof. Weissenborn, Erfurt. Prof. Fr. Makowitzka. Erlangen. Alexander v. Sybel. Freiburg i. B. Prof. Dr. Hoffmann. Geh. Rath Prof. Baumstark. Greifswald. Prof. Dr. Kirchoff, Halle. Dr. Konrad Friedländer. Direktor der Realschule des Johanneums, Hamburg.

Submission.

Offerten zur Lieferung von Schulbänken, Tischen, Kathedralen etc. für 3 Klassen werden bis zum 6. d. M., Vorm. 10 Uhr, im städtischen Baubüro entgegengenommen, woselbst auch die Bedingungen und der Kostenanschlag zur Einsicht ausliegen.

Posen, den 1. März 1882.
Der Magistrat.

Submission.

Die von der städtischen Bauverwaltung vom 1. April 1882 bis dahin 1883 benötigten

Maurer-, Zimmer-, Tischler-, Maler-, Glaser-, Schmiede- und Plaster-Reparaturarbeiten und Lieferungen sowie Eisenneugabedarf,

sollen submissionsweise vergeben werden, wozu ein Termin auf Montag, den 13. März er. Vormittags 11 Uhr, im technischen Bureau anberaumt ist, woselbst Kostenanschläge und Bedingungen während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen und gegen Erstattung der Druckkosten zu beziehen sind.

Posen, den 1. März 1882.
Der Magistrat.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Nathan Neufeld in Firma Hirsch Neufeld & Sohn zu Posen wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 6. Februar 1882 angenommene Zwangsvergleich durch rechtsträchtigen Beschluss von denselben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Zugleich wird zur Abnahme der vom Verwalter gelegten Schlussrechnung eine Gläubigerversammlung auf

den 23. März 1882,

Vormittags 9 1/2 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude am Saarplatz, Zimmer Nr. 5, anberaumt.

Posen, den 2. März 1882.

Königliches Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Die Hecke'sche Substation von Neustadt bei Pinne Nr. 317 und die Termine vom 30. und 31. März 1882 sind aufgehoben.

Pinne, den 25. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

II. Abtheilung.

Die Firma Heinrich Fraenkel hier unter Nr. 68 eingetragene Firma Heinrich Fraenkel zu Lissa, Inhaber der Kaufmann Heinrich Fraenkel zu Lissa, ist heute gelöscht worden.

Lissa, den 25. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Wir beabsichtigen den Bann um den Kirchhof unserer Gemeinde vor dem neuen Thor zu erweitern und zu ergänzen, und die bez. Arbeiten im Wege der Lizitation zu vergeben. Offerten nimmt bis zum 9. März d. J. in unserem Auftrage Herr Schlossermeister Nachtrigal entgegen, bei dem die Bedingungen zu extra- gen sind.

Der Gemeinde-Kirchen-Rath von St. Pauli.

Öffentliche Versteigerung.

Mittwoch, den 8. März e. Vormittags 11 Uhr, werde ich in Kücken bei Schmiegel

2 Kleiderschränke, 1 Glasspind, 1 Siedemaschine, 1 Ackerwagen, 1 Wagenkorb mit Polstersitzen, 2 Schlitten, circa 3/4 Schotter-Wirrstroh, verschiedenes Bau- und Nutzholz, sowie Ackergeräthe

gegen baare Zahlung öffentlich versteigern.

Schmiegel, den 1. März 1882.

Koch,

Gerichtsvollzieher.

!!! Freihändiger Verkauf !!!

En seit circa 1861 existirendes Speditions-, Möbel- und Fracht-Geschäft, bestehend aus Möbelwagen und Rollwagen und Frachtwagen und 10 Pferden, steht sofort wegen schon langen Erfankens, zu billigem Preise zu verkaufen. Zu erfragen in dieser Exposition.

Frisches Roggenfuttermehl u. Weizenschaale sowie Lein- kuchen in Waggonladungen empfehlen billigst Gebr. Leiser, Markt 81.

Übersicht der Provinzial-Alten-Bank des Großherzogthums

Posen am 28. Februar 1882.
Aktiva: Metallbestand Mark 573,405, Reichstassenscheine M. 945, Noten anderer Banken M. 16,100, Wechsel M. 4,838,710, Lombardforderungen M. 1,158,450, Sonstige Aktiva M. 508,240.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 1,435,200, Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 136,305. An eine Kündigungsschrift gebundene Verbindlichkeiten M. 1,441,600. Sonstige Passiva M. 271,865. Weiter begebene im Lande zahlbare Wechsel M. 88,000.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Die zum Chausseebau Czempin-Kopaszewo von rot. 15,7 km Länge erforderlichen Erd-, Böschungs-, Versteinungs- und Befestigungsarbeiten veranschlagt:

Arbeits-Arbt. I. Dom. Borowo 8802,05 M.
II. Gemeinden Borowo und Borowo 7514,55 "
III. Dom. Borowo 5261,46 "
IV. " Gorzeiki 7696,97 "
V. " Golemin 13697,96 "
VI. " Turmia 14654,41 "
VII. " Kl. Rogaczevo und Kopaszewo 12240,60 "

69868,00 M.

sollen zur sofortigen Inangriffnahme an ein oder zwei leistungsfähige Unternehmer in öffentlicher Submission verdingen werden.

Mit der Aufschrift „Chausseebau Czempin-Kopaszewo“ versendete

Offerten sind portofrei bis zum Öffnungstermin

Mittwoch, den 15. März e., Vormittags 10 Uhr, in dem Bureau des Unterzeichneten, woselbst auch Pläne, Ansätze und Bedingungen zur Einsicht ausliegen, einzurichten.

Lissa i. P. den 28. Februar 1882.
Der Wegeban-Inspektor.
Bauer.

Bilanz
des Schlesischen Brauerei-Credit-Vereins.
(Eingetr. Genossenschaft.)
Per ultimo Dezember 1881.**Activa.****Passiva.**

	M.	Pf.		M.	Pf.
Cassa-Conto	193	10	Mitglieder - Stamm- Antheil-Conto	27,426	-
Darlebens-Conto	75,517	78	Reservefond-Conto	3,600	-
Utenfilien-Conto	531	90	Special - Reservefond- Conto	799	15
			Unterstützungsfond- Conto	439	23
			Conto Creditores	42,500	-
			Dividenden - Conto pro 1879	18	40
			Dividenden - Conto pro 1880	5	50
			Dividenden - Conto pro 1881	1,454	45
				76,242	78
				76,242	78

Debet.**Gewinn- und Verlust-Conto.****Credit.****M.****Pf.****M.****Pf.**

Handlungs-Unkosten- Conto	1712	71	Interessen-Conto :		
Utenfilien-Conto 10% Abrechnung von Mf. 591	59	10	empfan- gene Binen Mf. 6388,16		
Reservefond-Conto, 5% vom Reingewinn per Mf. 2331,30	116	55	gezahlte Binen 2600,05	3788	11
Unterstützungsfond- Conto desgl.	116	55	Provisions-Conto :		
Dividenden-Conto pro 1881, 6% Dividende pro rata der Einnahmen	1454	45	gewonnene Provision	315	-
Reservefond-Conto, außerordentliche Dotirung	123	45			
Special - Reservefond- Conto, Überweisung des Gewinnrestes	520	30			
				4,103	11
				4,103	11

Am Schluss des Rechnungsjahres 1880 zählte der Verein 253 Mitglieder, hiervon wurden gemäß § 40 des Statuts ausgeschlossen 17 mit Ablauf des Geschäftsjahres 34 schieden freiwillig aus 34 es blieb also ein Bestand von 202 Mitgliedern. Neu hinzutreten sind 37 so daß der Verein am 31. Dezember 1881 239 Mitglieder zählte.

Breslau, den 2. März 1882.

Der Vorstand.

Empföhle mein reichhaltiges Lager

Grabdenkmäler.
Benno Sametzki, Mühlenstrasse 4.**Dünger-Gyps**

aus hiesigem Bergwerk, laut Analyse 97—99 Prozent chemisch reinen kristallinischen Gyps enthaltend, dürfte in so guter Qualität bisher nicht in den Handel gekommen sein.

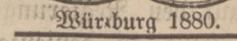
Gef. Aufträge werden prompt und billigst effektuiert. Für Lagerung von Vorräthen ist in bedeutendstem Maße Fürsorge getroffen und können alle eingehenden gebrachten Ordres schnellstens erledigt werden.

Michael Levy, Inowrazlaw.



Der neue
Ostseeheringsfang hat bereits an unserer Küste begonnen; ich empfehle daher in ganz vorzüglicher Qualität
II. marinirte Delikatesse
Ostseefetteringe

in 4 Liter-Dosen, à Dose ca. 4 kg. schwer,
40—50 Stück enthaltend, Mf. 6,00.



Würzburg 1880.

II. geröstete Delikatesse-Ostseefetteringe

in 4 Liter-Dosen, à Dose ca. 4 kg. schwer, 38—45 Stück enthaltend, Mf. 6,00.
Bon obigen beiden Sorten liefern auf Wunsch auch halbe Dosen (2 Dosen bilden zusammen 1 Postkoffer) à Dose M. 3,50.

II. Ostsee-Mal in Gelée

in 4 Ltr.-Dosen, à Dose M. 8,00.

II. grätenlose Ostseefetteringe

in diversen Saucen, und zwar in Tomaten-, Senf-, Mixed-Vickles-Sauce, auch in Bouillon. Hieron bilden 5 Dosen 1 Postkoffer und kosten zusammen M. 8,00.

Die allerfeinsten Ingredienzien sind zu den Marinaden verwandt und nach der nur mir allein bekannten Methode zusammengefüllt.

Ostseefische, sowie täglich frisch gekochte Krabben (Crevettes) zum Tagespreise. Preise

tragen. Verpackung wird bei Konserven nicht berechnet, dagegen bei frischen Fischen und Krabben zum Selbstkostenpreise.

M. Düwahl, Fisch-Konserven-Fabrik, Stralsund a. d. Ostsee.**Nothwendiger Verkauf.**

Das in Rzemichow, Kreis Krotoschin belegene, unter Nr. 3 im Hypothekenbuche eingetragene, den Wirth Joseph und Hedwig geb. Paterek-Starzinski alias Starzinski'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 6 ha 20 a der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuerertrag von 36,45 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvermögen von 45 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation den 29. April 1882,

Vormittags um 11 Uhr, im Gerichtsstagslokal zu Kobylin versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen, das Grundstück betreffende Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Reg. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Sprechstunden vormittags von 11 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Diesenigen Personen, welche Eigentumrechte oder welche hypothetisch nicht eingetragene Rechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch geistlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Besluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf den 29. April 1882,

Nachmittags um 1 Uhr, in demselben Gerichtsstagslokal anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Krotoschin, den 20. Febr. 1882.
Königl. Amtsgericht.

Oberschlesische Trichinen-Besicherung

ist auf den Regierungsbezirk Posen ausgedehnt worden und stellt in denjenigen Bezirken, woselbst die Fleischschau eingeführt ist, sichere und zuverlässige Personen als Agenten an.

Die Direktion:
G. Müller
in Constadt.

Für Handlungsbücher

erscheinen in Leipzig, „Kaufmännische Blätter“, Fachschrift für Kaufleute, insbesondere für die Interessen der Handlungsbücher. Reicher, gediegener, interessanter Inhalt, nebst Vacanzenliste der Kaufmännischen Vereine Deutschlands in jeder Nummer. Vierteljährlich nur 1 Mark franco gegen Einladung in Briefmarken, auch nehmen alle Buchhandlungen u. Postanstalten Abonnements entgegen.

Auf Anforderung durch Postkarte sendet die Exped. in Leipzig gern Probe-Nummern gratis u. franco.

In Polen

ist mein Rittergut ohne Servituten unweit Bahn u. pr. Grenze sofort zu verkaufen. Areal 1300 pr. Morgen meist rothfleckig, dunkler Boden incl. 33 Morg. Wiesen, 200 Morgen junger Wald, gutem todten und lebenden Inventar. Preis billig 26,000 Thaler oder 38,000 Rubel, Anzahlung 28,000 Rubel. Genauer Gutsanschlag bei Frau Justizrat Kroll in Breslau, Sadownastraße Nr. 54, Vormittags von 11 bis 2 Uhr einzusehen, brieflich durch den Besitzer Kroll auf Broniczow bei Klomnitz a. d. Warschau-Wiener Bahn via Sosnowice in Polen.

Wegen Domizilverlegung nach Berlin stelle ich mein bisheriges

Haus-Grundstück

hiermit höchst preiswert zu Verkauf. In demselben sind alle Einrichtungen zur Fortsetzung eines darin betriebenen Getreide-, Eisen-, Kohlen- und Baumaterialien-Geschäft vorhanden, ohne daß Bestände übernommen zu werden brauchen. Das Grundstück grenzt an 2 Straßen und besteht aus einem massiven Wohnhaus mit freundlichsten Wohnungen und gemöblierten Kellern, einem Wirtschaftshause, einer gr. Eisenremise mit bequemer Einrichtung, zwei anderen Remisen, Stallungen, einem Getreidespeicher mit drei Schüttungen und einer Nezwiese.

Anzahlung nur 6000 Mark erforderlich. Rest mit 5% amortisierbar in jährlichen Abzahlungen von nur 600 Mark. Dem Erwerber werden auch Agenturen mit festem Jahreszufluss überwiesen.

Eventuell will ich das Grundstück auf 3 Jahre vermieten.

Adolph Lewin
in Nakel.

Ein Wurstgeschäft
im oberen Stadttheile ist Umstände halber vom 1. April c. zu verkaufen. Näheres unter Nr. 99 der Expedition dieser Zeitung zu erfragen.

Markt 86.

Für Damen
Anstricker weiß, bunt, dazu passende Baumwolle, Strümpfe in grösster Auswahl, Hüschens, Spangen, Stickereien zu billigen Preisen

Wilh. Neuländer,
Markt 86.

Dampfkasse!
täglich frisch gebrannt, vorzüglicher Geschmack à Pfund 1 M. 20 Pf., sowie feinster Perl-Mocca à Pf. 1 M. 50 Pf. empfiehlt

Julius Roeder,
Judenstr. 6.

Corsetten
werden zu auffallend billigen Preisen verkauft

J. Munk (Esterka).

Honig à Pf. 60 Pf., Nante à Pf. 80 Pf., große Pfefferkarten à Stück 7 Pf., Senfkarten à Pf. 40 Pf., Preiselbeeren à Pf. 30 Pf., sowie sämtliche Colonialwaaren empfiehlt billig

Julius Roeder,
Judenstr. 6.

Anker-Katarrh-Pillen,
elegant dragirt und daher beim Einnehmen nicht bitter schmeckend, empfiehlt zum Preise von 75 Pf. und 1 Mf. das Flacon die Rothe Apotheke von

S. Radlauer, Posen,
Markt 37.

Die Verpackung dieser genau nach Herrn Dr. Hager's Vorschrift bereiteten Pillen ist zum Beweise der Echtheit mit dem Fabrikzeichen „Anker“ versehen.

Heringe, Heringe.
Sämtliche Sorten Heringe in Orig.-Tonnen empfiehlt billig

J. Busch u. Co.,
Posen, Saviehplatz 3.

Maskengarderoben für Herren und Damen verleiht

S. Hörisch, Markt 36 (Mittelgasse.)

Auch tauft ich noch gut erhaltenen Maskengarderoben.

Butter und Käse
wird in wöchentlichen Lieferungen gegen besten Preis und Bedingungen zu kaufen gewünscht und werden Lieferanten um Abgabe der Adressen nebst Preis und Lieferungs-Qua-
rum erucht.

H. Lioht, Nachf.,
Berlin, Barutherstr. 21.

100,000 Stück
Weidenstecklinge werden sofort zu kaufen gesucht.

Offerten nebst Preisangabe nimmt entgegen das

Dominium Murzynowo

borowe, Post Sulencin.

Zuckerfabriken.

Ein tüchtiger Landwirt der Grafschaft Mansfeld, welcher seit einer Reihe von Jahren den Zuckerrüben-Samenbau im höheren Maßstabe für eine der größten Handelsgärtnereien mit Erfolg betrieben hat, wünscht mit mehreren Zuckerfabriken in Verbindung zu treten, für welche er seinen, nur selbstgezüchteten Samen direct, ohne Zwischenhändler bauen resp. abgeben kann. Derselbe würde den Wünschen der Fabrikanten bezüglich den Anbau der betreffenden Sorten gern nachkommen. Näheres unter A. C. 14942 durch Rudolf Mosse, Bremen.

Einen Kellner
sucht zum baldigen Antritt

M. Jarecki, Bronkerstr. 6.

Für mein Colonialwaaren-Geschäft

sueche für sofort oder 1. April c.

einen tüchtigen, mit guten Zeugnissen verlehenen, gut deutsch u. polnisch sprechenden christlichen

Commis.

Bewerbungen sind Abschriften der

Zeugnisse und Gehatsansprüche bei-

zuzügen.

L. Täuber,

Briefbogen und Couverts

in den feinsten Prägungen mit allerlei Plumen, Federn, Phantasieköpfen, Vögeln, Häsern und Schmetterlingen, komischen Figuren, Silhouetten etc. sowie

Karten

mit denselben Prägungen (auch mit einf. Goldrand) zu Visitenkarten und Gratulationen sich eignend.

Farbige

Geschäfts- und Menu-Karten

in den elegantesten Ausführungen

empfiehlt

mit und ohne Druck

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Röstel.)

Posen.

Für Hant- u. Syphiliskranke

Sprechst. Vorm. 10-12, Nachm. 2-4 Breslau, Gartenstr. 33a.

Dr. Hönig, Spezialarzt und Dirigent der vom Staate konzessionirten Klinik Kaiser-Wilhelmsstr. 6.

Für mein Colonialwaaren-Geschäft

sueche per 1. April einen der pol-

nischen Sprache mächtigen

Gehülsen.

Ostrowo.

D. H. Neugebauer.

Für mein Destillations-Geschäft

sueche zum baldigen Antritt einen

Lehrling,

der auch der polnischen Sprache

mächtig sein muß.

Max Bloch.

Für mein Destillations-Geschäft

sueche ich zum 1. April einen

Lehrling.

Ein verb. Vogt wird verlangt

Paulskirchstraße 8, 1 Tr.

J. H. Walter.

Ein verb. Vogt wird verlangt

Paulskirchstraße 8, 1 Tr.

Wallischei 73

sind Wohnungen von 2 Zimmern,

Küche, Wasserleitung, sofort oder

1. April zu vermieten.

Schneider-Gesuch.

In der Kreisstadt Obořišť —

Sie des Amtsgerichts, bietet sich

für einen Schneider, der seine

Garderoben arbeitet und polnisch

spricht, guter Erwerb.

Eine der best situierten Transport-

versicherungs-Gesellschaften Deutsch-

lands wünscht hierorts eine

Hauptagentur

zu etablieren. Reisetanten, die wo-

möglich schon im Versicherungsfache

gearbeitet, wollen ihre Meldungen

abgeben unter Chiffre M. V. postl.

Cigarren-Agentur.

Eine renommierte Bremer Ci-

garrenfabrik sucht an größen

Plätzen tüchtige Vertreter. Offerten

unter V. L. 703 an Rudolf

Mosse, Bremen.

Einen Kellner

sucht zum baldigen Antritt

M. Jarecki, Bronkerstr. 6.

Für mein Colonialwaaren-Geschäft

sueche für sofort oder 1. April c.

einen tüchtigen, mit guten Zeugnissen

verlehenen, gut deutsch u. polnisch

sprechenden christlichen

Commis.

Bewerbungen sind Abschriften der

Zeugnisse und Gehatsansprüche bei-

zuzügen.

L. Täuber.

Mogilno.

Apotheker-Lehrling.

Für 1 Ober-Sekundaner, der pol-

nisch spricht, wird zum 1. April eine

Lehrlingsstelle in meiner Apotheke frei.

Thorn.

Teschke.

Ein unverb. Regiment oder

Bermalier, welcher 10 J.

im In- und Auslande i. gr. Holz-

gesch. fung. d. poln. Sprache

mächtig, s. gest auf g. Papiere

Stell., am l. Inland. Off. bei

Hugo Rostin-Lipke.

Hôtel-Personal.

sowie für Restaurants in jeder

Branche, öffert den Herren

Prinzipalen das Bureau von

G. Hielscher,

Breslau, Altstädtische Straße 59.

Posen, 2. März 1882.

Die aus Russland flüchtenden Israeliten
entbehren häufig eine für weite Reisen nothwendige Bekleidung, und erbitte darum das Breslauer Comité, welches die dort in großen Zügen passirenden Unglücklichen unterstützt, für dieselben (für Männer, Frauen und Kinder) getragene, noch brauchbare Kleidungsstücke. Ich erlaube mir, diese an theilnehmende Menschenfreunde gerichtete Bitte recht warm zu befürworten unter Hinweisung darauf, daß die biesigen Spediteure Herr Moritz S. Auerbach und Herr Moritz Kuczynski, wie auch der Kaufmann Herr Naphtali Hamburger (Judenstraße) sich längst bereit erklärt haben, solche ihnen zugehende Liebesgaben an die geeignete Bertheilungsstelle zu befördern.

Geldspenden für die unglücklichen Auswanderer oder zum Zwecke ihrer auswärtigen Ansiedelung werden andauernd bei dem biesigen Bant-hause der Herren Hartw. Mamroth & Co. entgegengenommen.